Nr. 338 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 174

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Mittwoch, den 21. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Kritische Zuspitzung in Frankreich.

Die Staatskassen sind leer. – De Monzie verlangt Vollmachten und droht mit Rücktritt.

Paris, 20. Juli. (EP.) Die politische Lage hat sich heute abend im Verlaufe des Ministerrates hochdramatisch zugespitzt. Man bestätigt zunächst, daß tatsächlich de Monzie seinen Rücktritt angeboten hatte, und zwar zur Hauptsache infolge einer Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau und mit Caillaux, welch letzterer ihm erklärte, daß die Staatskassen leer seien und daß er gezwungen sein werde, die Zahlungen einzustellen, wenn nicht zu einer neuen massiven Inflation geschritten werde. Darauf gestützt forderte de Monzie von dem Ministerrat Vollmachten für die Lösung des Finanzproblems, ähnlich wie schon Caillaux, und außerdem Gewährung eines Moratoriums für den Staat. Dieser würde insbesondere ermächtigt werden, die Rückzahlung der Verteidigungsscheine und der Schatzscheine bis auf weiteres zu verweigern, was einem verkappten Bankrott gleich käme.

De Monzie erklärte im Ministerrat, er werde zurücktreten, wenn das Kabinett seine Forderungen nicht in vollem Umfange vor der Kammer unterstütze. Herriot hatte darauf eine angekündigte Unterredung mit Doumergue. Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Ministerrats gelang es de Monzie, seine Kollegen von dem Ernst der Lage zu überzeugen und die gewünschten Vollmachten zu erlangen. Es wurde außerdem beschlossen, daß das Kabinett sich nicht erst am Donnerstag, sondern bereits Mittwoch nachmittag um 5 Uhr vor der Kammer vorstellen werde, da, wie Herriot erklärte, die Regierung so rasch als möglich wissen wolle, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitze oder nicht, da sonst der Frankenkurs noch weiter fallen könne.

Immer schlechtere Aussichten für Herriot.

Konflikt bei den Radikalen. — Die Mitte drückt sich. — Die Sozialisten warten ab.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Kabinett Herriot wird sich am Donnerstag Kammer und Senat vorstellen. Seine Aussichten auf eine Mehrheit sind im Laufe des Tages bedeutend zusammengeschrumpft, und die Ueberzeugung, daß das Kabinett nicht lebensfähig sein wird, hat sich in parlamentarischen Kreisen nach mehreren Fraktionssitzungen des Dienstags verschärft.

In der Fraktionssitzung der Radikalen Partei, die den Grundpfeiler der parlamentarischen Mehrheit des neuen Kabinetts bilden soll, ist der Zwiespalt zwischen den Herriotisten und den Antiherriotisten um Franklin-Bouillon, der bereits mehrfach die Partei bei entscheidenden Abstimmungen in zwei Lager gespalten hat, schärfer denn je zutage getreten. Trotz mehrstündiger lärmender Diskussion ist die Partei zu keinem einheitlichen Beschluß über ihre Haltung dem neuen Kabinett gegenüber gelangt. Es scheint sicher, daß ein Teil der eigenen Partei Herriots gegen ihn Stellung nehmen wird. Die Marin-Gruppe, der frühere Nationale Block, wird geschlossen gegen das Kabinett Stellung nehmen, wie natürlich alle anderen Parteien, die noch weiter rechts sitzen. Was die Mittelparteien und die Parteien des linken Zentrums, denen die beiden Minister Colrat und Dariac entnommen sind, anbetrifft, so ist bezeichnend für ihre Stimmung, daß die beiden Minister erklärt haben, sie hätten ihre Portefeuilles auf eigene Verantwortung und ohne ihre Fraktion zu engagieren übernommen.

Die sozialistische Partei endlich, auf deren Unterstützung Herriot zählt, hat am Dienstag in einer Fraktionssitzung beschlossen, die Haltung dem Kabinett gegenüber von dem Inhalt der Regierungserklärung und speziell ihrem finanziellen Teil abhängig zu machen.

Alles in allem hat der Dienstag die Aussichten des Kabinetts verringert. Falls es die erste Abstimmung über die Regierungserklärung entgegen aller Wahrscheinlichkeit überleben sollte, rechnet man mit seinem baldigen Sturz über das de Monziesche Finanzprogramm, um so mehr, als dieser beabsichtigt, von der Kammer Vollmachten zu verlangen, die Caillaux auf Intervention Herriots verweigert wurden. In parlamentarischen Kreisen verlautet am Dienstag abend, daß diese Vollmachtsforderung de Monzies zu scharfen Differenzen zwischen ihm und Herriot geführt habe.

Einberufung der Exekutive der Radikalen!

Paris, 20. Juli. (WTB.) Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt wird, hat eine Anzahl von Mitgliedern des Exekutivkomitees der radikalen Partei an den Parteivorsitzenden Herriot die Aufforderung gerichtet, umgehend eine Vollversammlung des Exekutivkomitees der Partei einzuberufen, um alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der wichtigsten Interessen der Partei zu treffen.

Die Gegensätze im sozialistischen Lager.

Paris, 20. Juli. (EP.) In der Zeitschrift „Vie socialiste" teilt Renaudel mit, daß 23 sozialistische Abgeordnete für die Beteiligung der Sozialisten am Kabinett Herriot in der Fraktionssitzung gestimmt hätten. Renaudel zieht daraus den Schluß, daß mit einer Spaltung innerhalb der sozialistischen Partei gerechnet werden müsse. (?)

Fortsetzung der Frankenbaisse.

Aus London wurde gestern ein Börsenschlußkurs von 237,50 französische Franken für ein Pfund Sterling gemeldet (Montag 224). Devise Brüssel notierte 219 (Montag 210,50).

New York, 20. Juli. (WTB.) Die heutige Fondsbörse nahm offenbar unter dem Eindruck des weiteren Rückgangs der französischen Währung einen überwiegend schwachen Verlauf. Der französische Franken ging zeitweise auf den Tiefstand von zwei Cents (8,5 Pfg.) zurück. Auch am Fondsmarkte lagen die französischen Werte gedrückt. Andererseits wurden ausgedehnte Kapitalfluchtkäufe in amerikanischen Effekten für französische Rechnung vorgenommen.

Preissteigerungen. — Zusammenstöße mit Ausländern.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die im Anschluß an die plötzliche Frankenbaisse der letzten Tage eingetretene Ueberflutung von Paris durch Ausländer hat ein starkes, zum Teil unverhältnismäßig hohes Anziehen der Preise nach sich gezogen. Gleichzeitig greift eine gefährliche feindselige Stimmung gegen die Ausländer um sich. Es ist in den letzten Tagen bereits mehrfach zu Zusammenstößen oder peinlichen Zwischenfällen in Kaffeehäusern und Ladengeschäften gekommen. Die starken Devisenschwankungen haben die Syndikatskammer für den Zuckerhandel veranlaßt, bis auf weiteres auf dem Terminmarkt die Notierung höherer Kurse als der Schlußkurse vom 16. Juli zu verbieten. Die Bankhäuser endlich haben am Dienstag ein Zirkular erlassen, nach dem die Reportgeschäfte von Ende dieses Monats an bis auf weiteres aufgehoben sind.

Erste Ermächtigungsdelikte in Belgien.

Brüssel, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die ersten Erlasse, die am Dienstag auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erschienen, sind von sämtlichen Ministern gegengezeichnet. Der erste Erlaß bedroht die Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten, die geeignet sind, den Staatskredit zu erschüttern, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren. Politische und Pressedelikte sind ausdrücklich ausgenommen. Zwei weitere Erlasse regeln die Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mehl sowie das Backen des Einheitsgraubrotes und den Verkauf von Mehl und anderen Nahrungsmitteln.

Vor der Neuwahl des Kammerpräsidenten.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident Herriot hat verfassungsgemäß am Dienstag dem ersten Vizepräsidenten der Kammer seine Demission als Kammerpräsident zugehen lassen. Mehrere Kandidaturen für den Posten sind bereits aufgestellt. Die Radikale Partei hat den Vizepräsidenten Leon Bouisson zu ihrem Kandidaten ausersehen, die Mittelparteien schlagen den früheren Kammerpräsidenten des Nationalen Blocks, Raoul Peret, vor, die sozialistische Partei empfiehlt den bisherigen zweiten Vizepräsidenten Genossen Ferdinand Bouisson. Die Kammer hat am Dienstag das Datum der Neuwahl ihrer Präsidenten auf Donnerstag vor der Regierungserklärung festgesetzt. Sie hat gleichzeitig mit 274 gegen 233 Stimmen der Kartellparteien die Aufhebung der geheimen Abstimmung bei der Präsidentenwahl beschlossen.

Dscherschinski gestorben.

Der Leiter der russischen Tscheka.

Moskau, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Mitglied des höchsten Wirtschaftsrats und Vorsitzender der GPU. (Tscheka), Dscherschinski ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

*

Mit Dscherschinski verlieren die Bolschewiki einen ihrer ältesten Mitarbeiter von der alten bolschewistischen Garde. Wie viele maßgebende Führer der russischen Kommunistischen Partei, ist Dscherschinski aus der früheren polnischen Bewegung hervorgegangen. Der äußerlich unscheinbare Mann galt als einer ihrer hervorragendsten Organisatoren. Seine Partei hat ihn stets auf die gefährdetsten Posten gestellt. So ist er der gehaßte und gefürchtete Leiter der russischen Tscheka gewesen und hat als solcher vor nichts haltgemacht, wenn es nach seiner Ueberzeugung galt, die russische Revolution vor Gefahren zu verteidigen. Ihm hat man später auch die Reorganisation der gänzlich verwahrlosten Eisenbahn anvertraut und auch diese Aufgabe hat der asketische, von fast mönchischer Strenge gegen sich selbst erfüllte Mann mit derselben Rücksichtslosigkeit und auch mit Erfolg in Angriff genommen. Dscherschinskis Tod reißt eine Lücke in die Reihen der alten Bolschewiki, die durch niemand wird ausgefüllt werden können.

Die „andere Weise".

Gefährdung der Staatssicherheit durch Zensoren.

Von Otto Meier.

Die Sicherheit des Staates kann auch in anderer Weise als durch augenblickliche Unruhen gefährdet werden.
(Aus der amtlichen Begründung des Potemkinverbots).

Das Verbot des Potemkinfilms unter dem Vorsitz des Geheimrats Seeger und unter freundlicher Mitwirkung des Geheimrats Mühleisen aus dem Reichsinnenministerium des demokratischen Herrn Külz hat eine starke und erfreuliche Protestbewegung des geistigen Deutschland hervorgerufen. Es ist so nachdrücklich von allen Seiten unter merklicher Bezugnahme auf das im Hintergrund stehende Reichswehrministerium des Herrn Geßler protestiert worden, daß zu protestieren kaum noch etwas übrig bleibt. Höchstens könnte man den Herren dankerfüllt dazu gratulieren, daß sie damit so etwas wie eine Einheitsfront des neuen Deutschland geschaffen haben.

Ein einziger Satz aber der famosen Verbotsbegründung — der diesen Ausführungen als Motto vorangestellte — lohnt ein nochmaliges Eingehen auf die Angelegenheit. Dieser Satz, der von der Sicherheit des Staates handelt, hat es, wie man so zu sagen pflegt, in sich. Man kann der Versuchung nicht widerstehen, ihn über das Potemkinverbot hinaus auf unser ganzes öffentlich-politisches Leben in Anwendung zu bringen. In bezug auf leider ganz allgemein gewordene Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens ist er nämlich absolut richtig. Wir bestreiten mit aller Entschiedenheit seine Berechtigung beim Potemkinfilm. Aber wir gehen über das deutungsfähige Wörtchen „kann" hinaus und erweitern ihn durch präzisere Fassung: Die Sicherheit des Staates wird auch in anderer Weise als durch augenblickliche Unruhen gefährdet!

Weil die Herren, die die Verantwortung für das Filmverbot und seine tiefsinnige Begründung tragen, diese Allgemeinerscheinungen, die natürlich außerhalb ihres Dienstbereiches liegen, nicht zu kennen brauchen, wollen wir auf diese Gefahrenquelle, d. h. die gefährdete Sicherheit des Staates, worunter wir die Republik verstehen, mit allem Nachdruck hinweisen.

Die Gefahr eigentlicher Unruhen ist trotz des Potemkinfilms nicht akut. Eine weit größere Gefahr liegt in der Wirtschaftskrise mit ihrer ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit. 277 000 Arbeitslose allein in Berlin — das sind weit mehr als die Hälfte des Friedenskontingents des stehenden Heeres der Kaiserzeit — könnten zu einer Gefahr werden, wenn sie in ihrer verzweifelten Lage am neuen Staat irre werden. Sie in ihrer verzweifelten Lage aber zu Unbesonnenheiten zu reizen, ist die würdige Aufgabe jener politischen Hochstapler um Herrn Claß, die so die Herrschaft aufrichten zu können glaubten.

Die Sicherheit des Staates wird — ohne augenblickliche Unruhen — gefährdet, wenn diese hochverräterischen Pläne gewollt oder ungewollt ihre Stütze, zumindest aber eine wohlwollende Duldung in jenen Faktoren finden, die verfassungsmäßig für die Sicherheit des Staates verantwortlich sind. Die zwar immer bestrittene, dann aber nicht mehr abzuleugnende und schließlich von Herrn Geßler in aller Oeffentlichkeit zugegebene Zusammenarbeit der Reichswehr mit den illegalen, monarchistischen Verbänden hat die Sicherheit des Staates bereits bedenklich unterminiert. Noch vergeht beinahe kein Tag, an dem die republikanische Presse nicht Fälle empörender Uebergriffe oder Verächtlichmachung der republikanischen Reichsfarben durch monarchistische Offiziere oder offiziell auftretende Truppenteile notiert. Der aufsehenerregende Fall des Kreuzers „Hamburg" scheint vom Wehrministerium durch intensives Stillschweigen erledigt zu werden. Gegenüber diesen Dingen wird tatsächlich „das schleichende Gift der Abstumpfung" zu

einer Gefahr für die Staatssicherheit. Hier genügen keine papiernen Proteste und Fragen an den Herrn Reichswehrminister Geßler mehr. Im parlamentarischen Staat stehen andere Druckmittel zur Verfügung. Den Republikanern darf diese sonderbare Reichswehr mitsamt ihrem Minister künftig kein Blümchen Rührmichnichtan sein.

Wie sehr die Staatssicherheit — ohne augenblickliche Unruhen — gefährdet ist, beweisen die unaufhörlichen Waffenfunde, zuletzt erst wieder in Gießen. Man hat im Laufe der Jahre tausende solcher Waffenlager in reaktionären Händen entdeckt; bis jetzt ist noch keiner der schwarzweißroten „Lagerhalter" bestraft worden. Welche dunklen Zusammenhänge bestehen hier, welches geheime Kräftespiel unterbindet hier jedesmal erfolgreich die Strafverfolgungen? Die Behörden schweigen. Die Republikaner aber haben nunmehr die verdammte Pflicht, unter Ausnützung der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Mittel, hier endlich auf Klarstellung und Abhilfe zu dringen.

Die Staatssicherheit — ohne augenblickliche Unruhen — ist gefährdet durch das Femesystem völkischer Verbände. Der preußische Untersuchungsausschuß hat in Sachen Wulle, Kube, Grütte-Lehder aufsehenerregendes Material zutage gefördert. Attentatspläne gegen Severing wurden festgestellt; Erzberger und Rathenau fielen bereits durch geheim arbeitende Fememordbuben. Friedrich Ebert fand durch die systematische Verleumdungshetze ein zu frühes Grab. Und ohne augenblickliche Unruhen ist die Staatssicherheit gefährdet durch die offene Sabotage der „königlich republikanischen" Bayernregierung gegenüber dem in Sachen des ermordeten Genossen Gareis arbeitenden Untersuchungsausschuß.

Und die Justiz? Nun, die Staatssicherheit wird — ohne augenblickliche Unruhen — in demselben Verhältnis gefährdet, als das Vertrauen zur Rechtsprechung im Volke schwindet. Diese Feststellung mag genügen; es ist kein Raum, an alle skandalösen Einzelfälle einer offen zutage tretenden politischen Justiz zu erinnern.

Bleibt die Beamtenschaft! Nur ein Beispiel statt vieler: Von den dem preußischen Minister des Innern unmittelbar unterstellten höchsten Beamten (ein Staatssekretär und drei Ministerialdirektoren) ist keiner Sozialdemokrat und nur einer Demokrat! Alle anderen stehen „rechts". Von 14 Ministerialräten sind zwei Sozialdemokraten und zwei Zentrumsleute. Die anderen stehen „rechts". Von 23 Oberregierungsräten ist einer Sozialdemokrat, einer Zentrumsmann, zwei sind Demokraten. Alle anderen stehen „rechts". Ungefähr dasselbe Verhältnis besteht bei den Regierungsräten, bei den Hilfsarbeitern und bei den Bureaubeamten.

So und noch schlimmer sieht es bei allen Behörden aus. Wahrhaftig, eine treffliche Illustrierung des Satzes „Die Sicherheit des Staates kann auch in anderer Weise als durch augenblickliche Unruhen gefährdet werden."

Wir wollten damit den „Mühleisen" in allen Behörden andeuten, daß für uns die Berufung auf verbriefte Beamtenrechte kein Freibrief sein darf für noch so versteckte Tolerierung reaktionärer Einflüsse. Das Beispiel des hessischen Ministerpräsidenten, Genossen Ulrich, dessen Energie den republikanischen Farben Achtung verschaffte, verdient nach jeder Richtung hin Nachahmung.

Es wird die höchste Zeit! Die Reaktionäre aller Schattierungen, innerhalb und außerhalb der republikanischen Behörden, haben das lebhafteste Interesse daran, die Sicherheit des Staates, d. h. der Republik, auch ohne augenblickliche Unruhen zu unterhöhlen. Was sie dem Potemkinfilm unterschieben, wollen sie selber. Was sie nicht durch Unruhen vermögen, versuchen sie auf kaltem Wege.

Das ist die größte Gefahr für den neuen Staat. Auf keinen Fall dürfen wir diese politischen Unwägbarkeiten aus lauter Rücksicht auf das Beamtendienstalter außer acht lassen.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion wurde im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Die Filmoberprüfstelle hat den Film „Panzerkreuzer Potemkin", dessen Aufführung sie selbst wenige Wochen zuvor erlaubt hatte, im Widerrufsverfahren verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen „Gefährdung der Sicherheit des Reiches", die nach der von der Filmoberprüfstelle erfolgten Freigabe des Films sich herausgestellt habe. Dabei lautete das Gutachten des Vertreters des größten Landes, Preußen, dahin, daß in Zehntausenden von Aufführungen vor wohl mehr als einer Million Menschen nirgendwo eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eingetreten ist. Danach charakterisiert sich das Verbot der Filmoberprüfstelle als eine willkürliche politische Tendenzmaßnahme zugunsten reaktionärer und monarchistischer Kreise, die nach einem offenbar einheitlichen Plane sofort nach der Freigabe das Verbot des Films forderten.

Wir fragen daher die Reichsregierung:

Ist ihr bekannt, ob an diesen Treibereien Beamte des Reichsministeriums des Innern, insbesondere des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung sich beteiligt haben?

Ist ihr bekannt, daß Beamte des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums in dieser Sache Gutachten abgegeben geben, die in ihrer Wirkung auf eine Verletzung des Reichslichtspielgesetzes, nämlich der Bestimmung hinauslaufen, daß kein Film seiner politischen Tendenz wegen verboten werden darf?

Billigt und deckt die Reichsregierung diese Haltung der Beamten?

Ist die Reichsregierung bereit, bei der Auswahl der mit der Filmprüfung Beauftragten darauf zu achten, **daß nur Personen betraut werden, die die Gewähr für eine unparteiische, dem Geist der demokratischen Republik entsprechende Tätigkeit bieten?**

Ist die Reichsregierung bereit, die Begutachtung von Filmstücken Personen zu übertragen, die neben anderen Qualifikationen auch die Gewähr bieten, daß sie ihr Gutachten nicht nach Parteirücksichten und aus republikfeindlichen Bestrebungen heraus abgeben, sondern entsprechend dem Sinn und Wortlaut der bestehenden Verfassung und Gesetze?

Wir erwarten, daß der zuständige Reichsminister des Innern diese Anfrage umgehend beantwortet. Die Reichsregierung sollte sich jedenfalls nicht der Täuschung hingeben, daß mit dem Verbot die Angelegenheit ein- für allemal erledigt ist.

Ist das wahr?

Stresemanns Blatt beschuldigt die demokratischen Minister.

Auf unsere Frage, welche Maßnahmen der demokratische Reichsinnenminister Dr. Külz getroffen habe, um die einseitige Stellungnahme seines Amtes zugunsten der reaktionären Hetze gegen den Potemkin-Film zu unterbinden, hat der „Demokratische Zeitungsdienst" entschuldigend darauf hingewiesen, die Entscheidung der Filmoberprüfstelle sei die einer Spruchkammer und der Minister habe keine Möglichkeit gehabt, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

Wir haben diese entschuldigende Ausrede schon durch den Hinweis abgetan, daß der „Sachverständige" Mühleisen nicht zu dem Filmgericht gehört, seine Treibereien aber die eines Beamten sind, der den Weisungen des Ministers direkt untersteht.

Nun aber kommt die „Tägliche Rundschau", die wenigstens zu 30 Prozent als Organ Stresemanns gilt, mit interessanten Ausplaudereien aus den Verhandlungen des Reichskabinetts. Sie sagt gegen den „Demokratischen Zeitungsdienst":

„Diese Entschuldigung rückt die Haltung des Reichsinnenministers keineswegs in volles Licht. Es muß deshalb einmal festgestellt werden, daß das Reichskabinett, noch bevor der Potemkin-Film zum ersten Male aufgeführt wurde, **einmütig** beschlossen hat, bei der preußischen Regierung gegen die Genehmigung dieses Filmes vorstellig zu werden. Dabei hat sie damals bereits auf die aufreizende Wirkung dieses Filmes hingewiesen. Die preußische Regierung hat diesem Ersuchen der Reichsregierung nicht entsprochen. Als dann die Vorführung des Filmes die erwartete Wirkung ausübte, hat das Reichskabinett ein zweites Mal zu dieser Frage Stellung genommen, **wiederum einmütig** und wiederum in demselben Sinne. **Alle demokratischen Minister** haben dieser Stellungnahme des Reichskabinetts zugestimmt. Der Reichsinnenminister Dr. Külz insbesondere hat sich nicht etwa, wie der Demokratische Zeitungsdienst glauben machen möchte, aus Rücksicht auf die Spruchtätigkeit der Prüfstelle zurückgehalten, sondern er hat sich **im Kabinett genau so wie Dr. Geßler** und **Dr. Reinhold für ein Verbot des Filmes eingesetzt** und den erwähnten Schritt bei der preußischen Regierung mit unterstützt. Wenn also die Linkspresse bei dem Verbot des Filmes von dem „Sieg reaktionärer Tendenzen" spricht, so muß sie schon die Freundlichkeit haben, die demokratischen Reichsminister mit zu den Reaktionären zu rechnen."

Es ist nicht das erstemal, daß aus dem Lager Stresemanns versucht wird, gewisse Einzelheiten aus den vertraulichen Verhandlungen des Reichskabinetts der Oeffentlichkeit preiszugeben. Als das geschah zu einer Zeit, da noch Herr Schiele Minister des Innern war, haben die Deutschnationalen begreiflicher Weise in der heftigsten Form gegen Stresemann selbst Sturm gelaufen. Ob sich die Demokratische Partei ebenso energisch gegen die Verletzung der Vertraulichkeit zur Wehr setzen wird, müssen wir ihr überlassen.

Aber vorausgesetzt, daß die Angaben des Stresemannorgans richtig sind, so fragen wir die demokratischen Reichsminister, ob sie es mit ihrer Ueberzeugung und mit der Tradition ihrer Partei vereinbaren können, ihre Zustimmung zu einem Beschlusse zu geben, der an die bösartigsten Zensurstücke der Vormärzzeit erinnert. Vielleicht haben sie die Freundlichkeit, mitzuteilen, was an den Indiskretionen des Stresemannblattes richtig ist, damit sich dann ein jeder sein Urteil bilden kann.

Zentrum, Republik und Reichsbanner.

Tagung der rheinischen Windthorstbünde.

Köln, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die rheinischen Windthorstbünde hielten dieser Tage in Duisburg ihren ersten Gautag ab. Sie beschäftigten sich u. a. eingehend mit staatspolitischen Fragen. Reichstagsabgeordneter Joos-München-Gladbach legte ein eindrucksvolles Bekenntnis zum republikanisch-demokratischen, schwarzrotgoldenen Großdeutschland ab. Die Republik habe die Aufgabe, den wirklichen Volksstaat erst zu schaffen. Die Flagge Schwarzrotgold sei das Symbol dieser Republik.

Die Aussprache zeigte, daß im rheinischen Jungzentrum, das sich bisher zu der Frage der Staatsform stets sehr zurückhaltend zeigte, der republikanisch-demokratische Gedanke in letzter Zeit starke Fortschritte gemacht hat. Gegner der Joosschen Auffassung machten sich auf der Tagung überhaupt nicht bemerkbar. Dagegen wurde von einer Anzahl Redner, darunter auch katholischen Akademikern, dringend die stärkste Unterstützung der Reichsbannerbewegung gefordert. Eine Entschließung fand Annahme, die den Mitgliedern den Eintritt in die sogenannten vaterländischen Verbände verbietet, dagegen die stärkste Unterstützung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold empfiehlt.

Der Fall Pannier im Feme-Ausschuß. Nachdem das Reichsgericht die Revision der im Fememord-Prozeß Pannier zum Tode verurteilten Angeklagten verworfen hat, ist der demokratische Abgeordnete Riedel (Charlottenburg) beim preußischen Ministerpräsidenten und bei dem Vorsitzenden des Feme-Ausschusses vorstellig geworden, um nunmehr eine alsbaldige Behandlung dieses Falles im preußischen Feme-Ausschuß herbeizuführen.

Die Ratifikationsurkunden des dänisch-schwedischen Schiedsvertrages sind — wie uns aus Kopenhagen gemeldet wird — am Dienstag ausgetauscht worden. Damit ist dieser Vertrag in Kraft getreten.

Zapfenstreich.

Von Hermann Schützinger.

Seit Wallenstein, Pittolomini, Prinz Eugen, Friderikus Rex und Napoleon Bonaparte verfügt das Militär als wirksamstes Requisit für junge und alte Esel über den „Zapfenstreich", eine Mischung zwischen Mondscheinserenade und nächtlichem Parademarsch. In Preußen-Deutschland pflegt das Ding mit allerhand Pomp und Pathos vor sich zu gehen: In der Mitte auf hohem Roß, wie in Erz gehauen, der in permanentem Stillgestanden verharrende Regimentsadjutant, um ihn herum die vom Fackellicht erleuchtete Regimentsmusik und als Rahmen um das ganze Bild die Bajonette der Begleitkompagnie. Der eigentliche „Zapfenstreich" aber rollt sich nach dem „Locken" und „Wecken" der Spielleute und nach dem obligaten Königsgebet aus Lohengrin ab im Stil eines in dröhnende Marschmusik umgesetzten Oratoriums, einer Mischung von Paradeschritt und Feldgottesdienst.

Ganz anders der französische „Zapfenstreich". Er pflegt am Vorabend des Nationalfeiertages, des 14. Juli, über die Bühne der mehr oder minder freiwilligen französischen Garnisonstädte zu rollen. Wie überall muß der Zapfenstreich von irgendwem, einem General oder Obersten oder gar einem Reichspräsidenten „abgenommen" werden, so in Kaiserslautern, der militärischen Hauptstadt der bayerischen Pfalz, vom Kommandierenden General des 32. Korps.

Ein Kommandierender General pflegt seit Menschengedenken, als seiner Mann, in einer vornehmen Villa zu wohnen, und wenn sie ihm der Staat durch einen erhöhten Wohnungszuschuß allein nicht verschaffen kann, wie im besetzten Gebiet, so nimmt man sie sich von der in Frage kommenden Stadt. In Kaiserslautern hat man dem Kommandierenden das Schloß des in Frage kommenden Direktors der mech. Spinnerei und Weberei in der Lauterstraße gegeben, damit er den Troß seiner Automobile, Reitpferde, Adjutanten und Pferdeburschen sachgemäß unterzubringen in der Lage ist. Dieses zwangsbewirtschaftete Schloß des Herrn Fabrikdirektors glüht seit Einbruch der Dämmerung unter den farbigen Lichterketten an den Wohnhäusern und an der Parkmauer, und neugierig staut sich die Menge vor dem durch Doppelposten abgesperrten Portal.

Endlich ist es soweit. Die armen Teufel vom „Kerren", von der Mühlstraße und der Bierstraße, die sich vor der Generalsvilla versammelt haben, um nach dem öden Einerlei ihres Tagewerks kostenlos das in Aussicht stehende Theaterstück mit Tschimbum, Trara, Musik und Feuerwerk zu genießen, heben die Köpfe hoch.

Ein Spaßvogel brüllt: „Achtung, die Feuerwehr! Die Feuerwehr!"

Im Nu ist der Zug vom „Fackelrondell" in die Menschenmenge vorgestoßen und hat sich mit seinen hellen Trompeten und dem zuckenden Rataplan seiner Trommeln wie im Laufschritt Bahn gebrochen — voraus ein baumlanger, kohlschwarzer Riese, der Tambourmajor eines anamitischen Regiments, den Stecken meist verkehrt in der Luft, zwei gespenstige Augen unter dem Fez — hinter ihm die Regimentskapelle, mit blauen, roten und weißen Laternen flankiert — und dann ein bunter Troß von Lampions, ein nächtlicher Spuk ganz eigener Art:

Ein flammendes Schild kündigt die für den militärischen Karneval verantwortliche Truppe an: „32. Korps — Ite Division — Ites Regiment, Ite Kompagnie." Hinter dem leuchtenden Plakat ein Riesenkerl mit einem mächtigen Wasserkopf aus Papiermaschee; er hat eine ellenlange Pfauenfeder in der Hand und neckt damit einen gewaltigen Drachen, der sich bald aufbäumt und sein leuchtend rotes Maul zum Himmel streckt, bald zur Seite springt oder sich vorn zusammenduckt und sein riesiges Hinterteil in die Höhe hebt. Getragen wird das Gerippe des schaurigen Untiers von 6 kupferbraunen Anamiten, die bis auf eine rote Badehose ausgezogen sind und lediglich — o heilige Einfalt — ein schmales blau-weiß-rotes Studentenband um den muskulösen Brustkasten gewunden haben. Diese sonderbare Kreuzung zwischen Fakir und Soldat, zwischen Exzentrik-Clown und Kouleurstudent schnauft und spuckt und scharrt und brüllt und schmeißt die Arme, bezw. den Buckel des farbigen Drachen nach den Kommandos eines braunen Unteroffiziers, daß ihnen der Schweiß vom Körper frieft.

Dahinter ein Wald von Lampions: fabelhafte Getiere, Pelikane, Störche, Kamele, Elefanten, hohe Gebetsmühlen mit anamitischen Buchstaben verziert, Schiffsmodelle, Dampfschiffe, Dschunken — ganz zuletzt ein sonderbares Wägelchen: Eine Kompagnie französischer Zinnsoldaten, wie die Figuren eines Glockenspieles an die Räder des Wagens montiert. Ihre Gewehrläufe richten sich drohend auf einen hohen Kletterbaum, auf dem ein kühner Athlet die Trikolore schwingt. An den vier Ecken des Wagens leuchten vier Azethylenlampen auf und erhellen das neckische Spiel.

Sehr nett. Die Arbeiter der Firma Pfaff und Kayser lachen über den nächtlichen Spuk und die kaffeebraunen Kolonialsoldaten grinsen ihnen festesfroh in die verhärmten Arbeitergesichter. Sehr nett. Nur der Kommandierende General unter dem Billentor des Fabrikanten gefiel mir nicht recht. Seine fanatischen, hohlen Augen leuchten voller Gier nach dem nächsten Krieg und ängstlich stecken die Frauen die Köpfe zusammen: Hinter dem Karneval des 32. Korps stampft die Begleit-Kompagnie der Garnison, den Stahlhelm am Kopf, den Karabiner hoch geschultert in die Nacht hinein — wie der Totentanz der nächsten Generation.

Welche Plakatfarben wirken auf das Auge am stärksten? Eine englische Plakatfirma hat eingehende Untersuchungen darüber angestellt, welche Farbenzusammenstellungen bei Plakaten am deutlichsten ins Auge fallen. Die Versuche wurden in der Weise vorgenommen, daß man auf einem weiten Feld eine große Holztafel so aufrichtete, daß sie gut von der Sonne beleuchtet war. Auf der Tafel wurden sodann Plakate in den verschiedensten Papier- und Druckfarben befestigt und nun nacheinander auf ihre Lesbarkeit hin geprüft. Da für die Wirkung eines Plakats außer den Farben jedoch auch die Formen der Druckschrift entscheidend sind, hatte man auf jedes der Versuchsplakate je zwei Wortreihen aus verschiedenen, einfachen und undeutlicher erkennbaren, Buchstaben drucken lassen. Die Prüfung ergab nun folgendes: Am deutlichsten erkennbar war schwarzer Druck auf gelbem Papier und grüner Druck auf weißem Papier. Hierauf folgten die Plakate mit rotem Druck auf Weiß, blauem Druck auf Weiß sowie weißem Druck auf Blau. Diesen Plakaten reihten sich dann erst der gewöhnliche schwarze Druck auf weißem Papier an, so daß sich also merkwürdigerweise der Weißdruck auf blauem Papier als deutlicher erwies, als der gewohnte Schwarzweißdruck. Nach diesen Farbenzusammenstellungen kamen dann noch die Plakate mit gelbem Druck auf schwarzem Grund, weißem Druck auf Rot und weißem Druck auf schwarzem Papier. Am undeutlichsten waren die Plakate mit rotem Druck auf gelbem Papier. Die Bedeutung dieser Ergebnisse ist übrigens durchaus nicht zu unterschätzen, da das im Hinblick auf das durch die verschiedensten Farben- und Lichteindrücke ohnehin schon reichlich angestrengte Auge des modernen Großstadtmenschen jedenfalls mehr Lust verspüren wird, ein seinen Nerven wohltuendes Plakat zu lesen, als eines, das nur durch grelle Farben wirkt, dem Auge aber wehtut.

Neuregelung des Rundfunkwesens in England. Die englische Regierung beabsichtigt, im Herbst dem Unterhaus einen Gesetzentwurf über die Neuregelung des Rundfunkwesens vorzulegen. Bei Gelegenheit dieser Ankündigung teilte der Postminister mit, daß die Zahl der Hörlizenzen zurzeit etwa 2 Millionen beträgt, gegenüber 1 387 000 Mitte des vorigen Jahres; allein im Juni sind über 57 000 neue Hörer angemeldet worden. Der Funkdienst soll künftig durch eine Körperschaft öffentlichen Rechts durchgeführt werden, die als Treuhänder den allgemeinen Interessen dient und die ein Monopol für mindestens zehn Jahre bekommen soll. Die bestehende British Broadcasting Co. soll zum 1. Januar 1927 auf die neue Monopol-Gesellschaft übertragen werden.

Der Niagara-Fall in Gefahr? Im Oberlauf des Niagara-Stromes haben sich im Laufe der letzten Jahre geologische Veränderungen bemerkbar gemacht, von denen man eine Gefährdung der großen Wasserfälle befürchtet. Schon im Laufe des vergangenen Jahrhunderts hat eine Verschiebung der Fälle von der amerikanischen nach der kanadischen Seite stattgefunden. Eine Kommission von amerikanischen und kanadischen Ingenieuren ist jetzt mit einer Untersuchung über die Zusammenhänge und mit der Feststellung von Abhilfsmaßregeln beauftragt worden.

Eine eigenartige Geldstrafe. Die Regierung von Kanton hat verfügt, daß bei den Gerichten eine neue Form der Geldstrafe eingeführt wird. Sie hat für Staatsbedarf eine Anleihe in Höhe von 500 000 Pfund Sterling aufgelegt, die offenbar niemand haben will. Daher sollen die Geldstrafen künftig in der Form eingezogen werden, daß der Verurteilte gezwungen ist, eine entsprechende Anzahl Anleihestücke zum vollen Wert zu kaufen.

Der Apostel Paulus und der Tanz. Bei einem Methodistenkongreß, der dieser Tage in York stattfand, hielt einer der anwesenden Geistlichen eine Rede zugunsten des Tanzes. Die ganze Haltung der Kirche gegenüber dem Tanz und allen weltlichen Vergnügungen sei bisher falsch gewesen. Diese Dinge seien ein wesenhafter Bestandteil des Lebens, und kein Geistlicher brauche sich über Vergnügungen zu ereifern, gegen die der Apostel Paulus nichts einzuwenden gehabt hätte.

In der Komödie beginnen die Vorstellungen von „Dykerpotts Erben" ab Mittwoch um 8½ Uhr abends.

Ein Wilson-Denkmal in Prag. Der Prager Stadtrat hat beschlossen, für die Aufstellung eines Wilson-Denkmals einen Platz im Stadtpark vor dem Wilson-Bahnhof zu reservieren.

Will Marx verzichten?

Nicht auf sein Amt, sondern auf die Amtsführung?

Wie es heißt, will Reichskanzler Marx in den nächsten Tagen einen mehrwöchigen Urlaub antreten. Vorher aber wird wahrscheinlich eine Neubesetzung des Staatssekretariats in der Reichskanzlei vorgenommen werden. Der bisherige, aus der Lutherischen Zeit stammende Staatssekretär Dr. Kempner soll von seinem Urlaub nicht erst zurückkehren, sondern im diplomatischen Außendienst verwendet werden.

Kempner gehörte zu jenen „unpolitischen" Beamten, die das Ideal Luthers darstellten und die in Wirklichkeit mit ihrer ganzen Neigung nach rechts Ellenbogenfühlung halten. Das Amt des Staatssekretärs in der Reichskanzlei ist aber in höchstem Maße ein politisches Amt, und eine republikanische Regierung sollte darauf halten, das wenigstens dieses politische Amt mit einem zuverlässigen republikanischen Politiker besetzt wird, um so mehr, als er berufen und in der Lage ist, die politischen und verwaltungstechnischen Entschlüsse und Entscheidungen des Kanzlers in erster Linie zu beeinflussen.

Der Republikaner Marx aber steht im besten Begriff, auf einen sehr wesentlichen Einfluß zu verzichten. Angeblich soll der ebenfalls unpolitische Ministerialdirektor Pünder an die Stelle von Kempner treten. Pünder ist zwar katholisch und wird ein korrekter Beamter im besten Sinne des Wortes sein, aber von dem politischen Fingerspitzengefühl, das gerade für das Staatssekretariat in der Reichskanzlei im republikanischen Interesse notwendig ist, hat er bisher noch keinen Beweis ablegen können. Dafür soll er aber besonders vom Reichsarbeitsminister Brauns und von Stresemann begönnert werden. Wenn das Tatsache ist, so hätte sich der Kanzler zum Gefangenen derjenigen Kräfte machen lassen, deren Drang nach rechts in keinem Augenblick verleugnet worden ist.

Herr Marx hat sich oft und klar als Republikaner bezeichnet im Gegensatz zu Herrn Stresemann, der die schwarz-weißrote Fahne der Monarchie noch immer hochzuhalten pflegt. Der Kanzler soll nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmen. Es gewinnt aber immer mehr den Anschein, als ob diese Richtlinien dem Kanzler Marx von anderer Seite bestimmt werden und er schließlich nur zu allem Ja und Amen sagt. Er hat zwar das Amt, aber die politische Meinung besorgen andere Kräfte. Auf die Dauer ist das ein unhaltbarer Zustand, denn es leidet darunter nicht nur das politische Ansehen des Herrn Marx selber, sondern auch das der Republik.

Kempner Geschäftsträger in Südamerika?

Die großen Veränderungen im diplomatischen Dienst, die schon seit längerer Zeit angekündigt waren, werden in etwa 14 Tagen erfolgen. Man will einige Geschäftsträgerposten in südamerikanischen Staaten, wie Chile, Bolivien und Venezuela, neu besetzen. Die Verzögerung der Veränderungen hängt allem Anschein nach auch damit zusammen, daß der bisherige Staatssekretär der Reichskanzlei Kempner auf irgendeinem der südamerikanischen diplomatischen Posten in Erscheinung treten soll.

Wirths Sammelruf.

Beklemmungen der Rechtspresse.

Während das Blatt des Zentrums, die „Germania", es sich vorbehält, zum Sammelruf Wirths je nach dem Verlauf der Debatte Stellung zu nehmen, versucht die Rechtspresse das Zentrum von vornherein festzulegen. Sie bemängelt, daß in den Ausführungen Wirths die Wörter „christlich" und „national" nicht vorkommen, bezeichnet das Reichsbanner als eine Organisation, die lediglich der Sozialdemokratie Vorspanndienste leiste, und erhebt gegen die Sozialdemokratie die gerade von dieser Seite sehr überzeugend klingende Anklage, sie habe durch ihr Fernbleiben von der Koalitionspolitik in den letzten Monaten bewiesen, daß mit ihr eine Koalitionspolitik überhaupt nicht zu machen sei. Aus diesen Gründen werde es sich das Zentrum versagen müssen, dem Ruf Wirths zu folgen.

Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens. Tatsächlich ist den Rechtsparteien bei der Aussicht auf eine größere Aktivierung der republikanischen Parteien nicht sehr wohl zumute. Das tritt deutlich in der „Deutschen Tageszeitung" zu Tage, die zur Vorsicht mahnt:

„Das Staatsbürgertum muß angesichts der sich regenden Kräfte auf der Linken doppelt auf seiner Hut sein, mit verdoppeltem Eifer alle Möglichkeiten zur Verwirklichung des Jarres-Gaylschen Sammlungsprogramms ausschöpfen. Der republikanischen Klassenkampfaktion im weitesten Sinne, die die Wirthsche Idee darstellt, muß der Kampf aller staatserhaltenden Kräfte um Volk und Reich entgegengesetzt werden."

Auch die „Kreuzzeitung" versucht den Rechtsblock gegen den Linksblock auszuspielen und glaubt voraussehen zu können, daß das Zentrum im Herbst zwischen einer dieser beiden Gruppierungen zu entscheiden haben werde. Prinzipiell erklärt sie zu der Frage:

„Wir befinden uns also anscheinend, abgesehen von den Kommunisten, auf dem Wege zu einem Zweigruppensystem. Da der deutsche Parlamentarismus nach seiner ganzen Struktur die Mannigfaltigkeit der Parteien nicht ausschalten kann, ist er drauf und dran, sich zu Gemeinschaften zusammenzuschließen und so für die Hauptfragen im politischen Machtkampf Konzentrationen zu schaffen, an denen sich alle Sonderwünsche orientieren und vor denen alle Sonderbestrebungen zurückzutreten haben. Die gemeinsamen Ziele gleicher oder ähnlich gerichteter Gruppen treten immer stärker in den Vordergrund, während die Unterscheidungen zwischen ihnen immer geringer werden und die Auseinandersetzungen über Spezialfragen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden sollen. Eine solche Entwicklung wäre zweifellos im Interesse der Klärung unserer politischen Verhältnisse dringend zu wünschen."

Wenn das Blatt der Altkonservativen dabei die Aussichten des Rechtsblocks für die größeren hält, so ist das vom deutschnationalen Parteistandpunkt aus begreiflich; ob es stimmt, ist allerdings eine andere Frage.

Die Beschränkung des Artikels 48.

Strenge Abgrenzung der Reichswehrbefugnisse.

Der Reichsdienst meldet:

Die Vorarbeiten zum Ausführungsgesetz betreffend Artikel 48 der Reichsverfassung sind, wie wir höhren, in der letzten Zeit soweit gefördert worden, daß man hofft, den Gesetzentwurf im Herbst dem Reichtag zuleiten zu können. Durch das Gesetz in der nunmehr geplanten Fassung sollen Uebergriffe einzelner Stellen, die vor dem Bestehen genauer Bestimmungen möglich waren, verhindert werden. Es wird eine eindeutige Festlegung der Reichs- und der Länderrechte durchgeführt, so daß in Zukunft keinerlei Kompetenzstreitigkeiten bei der Exekutive entstehen können. Besonders soll die Rolle der Polizei und die der Reichswehr, die in früheren Fällen zu gewissen Auseinandersetzungen Anlaß gab, völlig klargestellt werden. Danach besitzt lediglich die Schutzpolizei polizeiliche Rechte, während die Reichswehr nur in bestimmten Fällen eingesetzt werden darf, und möglichst schnell nach Erledigung ihrer besonderen Aufgaben zugunsten der Polizei zurückzuziehen ist. Auch die Frage der Nothilfe und der Heranziehung von Verbänden zur Sicherung lebensnotwendiger Arbeiten usw. wird durch das Gesetz geregelt.

Der Mehlzoll nach dem 1. August.

Die fehlende Neuregelung.

Bei der Erhöhung der Getreidezölle, für die in Verbindung mit dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag eine Linie festgelegt wurde, die über den bisher gültigen Sätzen, aber unter den Sätzen des autonomen Zolltarifs liegt, blieb der Mehlzoll ungeregelt. Gerade der Mehlzoll hat für die Beeinflussung des Brotpreises entscheidende Bedeutung. Bis zum 1. August beträgt der Mehlzoll 8 M.; das bedeutet gegenüber den bis dahin gültigen Getreidezöllen die Einschaltung einer besonderen Schutzspanne für das deutsche Mühlengewerbe. Wir halten diese Schutzspanne für nicht gerechtfertigt und würden es deshalb für angebracht halten, wenn auch bei den veränderten Getreidezollsätzen der bisherige Mehlzollsatz von 8 M. aufrechterhalten würde, eine Regelung, die die Schutzspanne für das Mühlengewerbe noch nicht ganz beseitigen, aber doch wesentlich vermindern würde. Die Regierung und die Mehrheitsparteien des Reichstags, die nicht die Absicht haben, die Schutzspanne für das Mühlengewerbe zu verringern, wollen, ungefähr entsprechend der Erhöhung der Getreidezölle, auch den Mehlzoll auf 10 M. erhöhen. Diese Neufestsetzung auf 10 M. muß aber ausdrücklich erfolgen, da andernfalls der gar nicht diskutable Mehlzollsatz von 18,75 M. des autonomen Tarifs in Kraft treten würde.

Bei den Zollverhandlungen im Reichstag hatte die Regierung in Aussicht gestellt, daß der Mehlzollsatz von 10 M. durch ein deutsch-französisches Handelsprovisorium Geltung gewinnen würde. Für den leider eingetretenen Fall des Nichtzustandekommens dieses Handelsprovisoriums wurde die selbständige Herabsetzung des autonomen Zollsatzes für Mehl auf 10 M. zugesichert. Das Recht zu einer solchen Herabsetzung hat die Reichsregierung auf Grund des Zolltarifgesetzes unter Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses. Nun trennen uns von dem kritischen 1. August nur noch wenige Tage. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck die Frage an die Reichsregierung richten: Was geschieht, um vor dem 1. August die Mindestforderung nach Herabsetzung des autonomen Mehlzollsatzes auf 10 M. zu erfüllen und die Gefahr einer ungebührlichen Verteuerung des Brotes wenigstens einzuschränken?

Baumarkt und Erwerbslosenhilfe.

Aussichten der Neubauaktion.

Ungefähr seit 14 Tagen zeigt sich infolge der Verbesserungen der Bedingungen für den Zwischenkredit eine leichte Verstärkung des Tempos im Kleinwohnungsbau. Von der ersten Rate des 200-Millionen-Kredits in Höhe von 40 Millionen waren Ende Juni noch nicht 5 Millionen abgehoben worden. Seit zwei Wochen dagegen sind nicht nur diese 40 Millionen, sondern auch Kreditbeträge weit darüber hinaus angefordert worden. Trotzdem wäre es eine Illusion, zu glauben, daß wir nun im Laufe des Sommers doch noch zu einer vollen Belebung des Baumarktes kommen. Wir stehen bereits mitten im Juli; es hat keinen Zweck, sich für die diesjährige Wohnungsbausaison noch große Hoffnungen zu machen. Es gilt jetzt, aus den begangenen Fehlern zu lernen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Bis jetzt war es immer so, daß die Parteien sich ein halbes Jahr lang nur über die Mittel für den Wohnungsbau herumgestritten haben. In Preußen ist in diesem Jahr infolge der Obstruktion der Rechtsparteien schon glücklich Ende Juni die Hauszinssteuer unter Dach und Fach gebracht worden. Waren die Mittel bewilligt, dann waren die Bauherren noch immer lange Zeit im Ungewissen. Infolgedessen all die Jahre her ein ungesundes, stoßweises Auf und Ab auf dem Baumarkt. Was wir brauchen, ist Ordnung und Stetigkeit in der Bauproduktion, und deshalb muß die Reichsregierung sich, koste es, was es wolle, dazu aufraffen, das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den Grundzügen bereits skizzierte Bauprogramm auf weite Sicht im Rahmen der Arbeitsbeschaffung durchzuführen. Es sind in den nächsten sieben Jahren jedes Jahr 200 000 Wohnungen zu bauen. Mit den Mitteln der Hauszinssteuer ist das nicht zu schaffen, selbst dann nicht, wenn sie zu einer reinen Wohnungsbausteuer gemacht würde.

Ruhiges und stetiges Arbeiten im Wohnungsbau schafft auch die einzige Möglichkeit, dem Baustoffwucher schärfer zu Leibe zu rücken. Die Verteilung der Arbeit auf das ganze Jahr liegt sowohl im Interesse der Bauarbeiter und Bauhandwerker wie im Interesse der großen Menge von Produzenten und Konsumenten, die von der Belebung des Baumarktes abhängen und leben. Bisher war der Bauarbeiter fast immer nur eine Art Gelegenheitsarbeiter. Seine Beschäftigung durch das ganze Jahr wird, weit über den Baumarkt hinausgreifend, einer ganzen Reihe von Industrie- und Gewerbezweigen Beschäftigung bringen und Hunderttausenden jetzt erwerbslosen Arbeitern Brot bringen.

Paritätisch oder konfessionell?

Elternabstimmung in Essen. — Erfolg der Anhänger weltlicher Schulen.

Aus Essen wird uns geschrieben: Eine schwere Niederlage erlitt am vergangenen Sonntag in Essen die Zentrumspartei. Die Zentrumsfraktion des Essener Stadtverordnetenkollegiums hatte beantragt, die paritätischen Mittelschulen in konfessionelle umzuwandeln, wobei man auch eine weltliche Mittelschule zugestehen wollte. Um eine Unterlage für einen Beschluß zu haben, einigte man sich schließlich darauf, eine Abstimmung der Eltern stattfinden zu lassen. Die Wahl fand am vergangenen Sonntag statt und endete mit einem vollen Erfolg der Anhänger der paritätischen Mittelschule. Ueber 600 Eltern stimmten mehr für die Erhaltung der paritätischen Mittelschule, als die Freunde der konfessionellen Mittelschule. Erfreulicherweise hatten sich auch die evangelischen Eltern für die Beibehaltung des bisherigen Systems ausgesprochen. Die Wahl ist insofern von Bedeutung, als von katholischer Seite offen ausgesprochen wurde, daß im Falle eines Erfolges die Konfessionalisierung der Mittelschulen über ganz Preußen in gleicher Weise durchgeführt werden müsse.

„Die Sonne bringt es an den Tag..."

Eine späte Erfahrung in Bayern.

Nachdem der Femeuntersuchungsausschuß des Reichstags den Geheimnissen bayerischer Polizeiwirtschaft einigermaßen auf die Spur gekommen ist, beginnt auch in Bayern die Erkenntnis Platz zu greifen, daß das Vertuschen der bösartigen Dinge auf die Dauer nicht haltbar ist. In der Bayerischen Volkspartei wenigstens scheint man sich über die Folgewirkungen der Verheimlichung klar geworden zu sein. Ihr hauptsächliches Organ, der „Bayerische Kurier", schreibt die folgende Binsenwahrheit mit deutlichem Bezug auf den Erlaß des Justizministers Gürtner, der die Auslieferung von Akten an den Femeausschuß erst „genehmigen" will:

„**Vertuschungsversuche wären ein durchaus ungeeignetes Mittel, dem moralischen Ansehen Bayerns zu dienen.** Wenn wirklich Dinge geschehen sein sollten, die die Inhaber gewisser staatlicher Stellen in Bayern belasten, so fordert gerade das staatliche Interesse Bayerns nur dies, daß die Schuldigen festgestellt werden und dadurch die Scheidelinie zwischen dem bayerischen Staat als solchem und unwürdigen Inhabern staatlicher Stellen eindeutig und scharf mit allen Folgerungen gezogen wird. Jede andere Politik wäre nicht nur unsittlich, sondern auch kurzsichtig, denn von allen Vertuschungen gilt, was von den Lügen gilt, daß sie nämlich kurze Beine haben, und daß die Sonne alles einmal an den Tag bringen wird."

Die Erkenntnis, daß die „Sonne alles an den Tag" bringt, kommt zwar spät, aber hoffentlich rechtzeitig genug, um wenigstens zu Lebzeiten unserer Generation noch die Schandflecken abzuwaschen, die durch Begünstigung von Mördern und Mordorganisationen durch gewisse bayerische Amtsstellen hervorgerufen worden sind. Sollte die Bayerische Volkspartei wirklich die Energie aufbringen wollen, durchzugreifen, so wäre sie wohl dazu imstande. Sie hat Kahr geduldet und beseitigt. Sie könnte auch das Vertuschungssystem aufheben, wenn sie will. Also warten wir ihre Taten ab!

Noch ein Stahlhelmskandal!

Nach Braunschweig Magdeburg.

Aus Magdeburg wird uns geschrieben: Der Bundesleiter des Stahlhelms, Seldte, hat allem Anschein nach im Zusammenhang mit dem Braunschweiger Skandal seinen Haushalt in Magdeburg aufgelöst, um für eine längere Zeit in eine süddeutsche Stadt überzusiedeln. Es ist überhaupt anzunehmen, daß der Braunschweiger Skandal nur das Signal zur Aufklärung weiterer unmoralischer Vorfälle im Stahlhelm sein wird. In Magdeburg fand z. B. in der Woche nach dem Volksentscheid in der „Wilhelma" unter Leitung des Rechtsanwalts Bocke unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit eine Versammlung statt, in der man sich sehr eingehend über die ungeheure Verschuldung der Magdeburger Ortsgruppe des Stahlhelms unterhielt. Diese Verschuldung ist hauptsächlich durch den Umbau des vom Stahlhelm erworbenen Forts am Schöppensteg hervorgerufen worden. Der in Braunschweig von seinen einstigen Kameraden würdig charakterisierte Landesverbandsvorsitzende Uhlenhaut soll an diesem Zustand mitschuldig sein.

Gefängnis für einen Landesleiter des Stahlhelms.

Karlsruhe, 20. Juli. (WTB.) Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den Kaufmann Walter Weiß, Leiter der Stahlhelmorganisation Baden, und den Redakteur Wilhelm Roth aus Karlsruhe, die schwerer öffentlicher Beleidigung der badischen Staatsregierung, begangen durch einen im Februar d. J. in der „Badischen Zeitung" erschienenen Artikel „Nachklänge zur Reichsgründungsfeier", beschuldigt waren. Das Schwurgericht verurteilte Weiß zu fünf und Roth zu zwei Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens sowie zur Veröffentlichung des Urteils in der „Karlsruher Zeitung" und in der „Badischen Zeitung".

Der Fall Boncour.

Beschlüsse des französischen Parteiausschusses.

Der erweiterte Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs befaßte sich auf seiner jüngsten Tagung u. a. mit der Uebernahme der Vertretung Frankreichs beim Völkerbund durch Paul Boncour. Boncour legte seine Haltung dar. Ein Antrag Léon Blums, der verlangt, daß die Uebernahme einer Vertretung beim Völkerbund durch Sozialisten von der Exekutive der Internationale geregelt werden sollte, erhielt 21 Stimmen; ein Antrag Zyromski, welcher die Aufhebung der Paul Boncour im Jahre 1925 erteilten Genehmigung verlangte, erhielt acht Stimmen. Es wurden von Bracke und Gaillard zwei Abänderungsanträge zu der Entschließung Blums vorgetragen. Der Antrag Gaillards forderte, daß ein Sozialist keine Vertretung beim Völkerbund für eine Regierung übernehmen dürfe, die seine Partei bekämpfen werde. Der Antrag Bracke, welcher dagegen fordert, daß ein Sozialist jede Vertretung, gleichgültig welche bürgerliche Regierung sie ihm anbiete, ablehnen müsse, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

*

Daß die vom sozialistischen Standpunkt keineswegs einwandfreie Haltung Boncours im Völkerbundrat, namentlich in der Abrüstungsfrage, eine Stellungnahme des französischen Parteivorstandes veranlaßte, ist zu begrüßen. Unklar und widerspruchsvoll sind aber die von ihm gefaßten Beschlüsse. Ob eine generelle Regelung des Problems der Beteiligung von Sozialisten am Völkerbundrat durch die Exekutive der Internationale, wie sie der Antrag Blum vorsieht, angängig ist, möchten wir vorläufig bezweifeln. Man kann doch nicht die anderen sozialistischen Parteien zu einer rein negativen Haltung gegenüber etwaigen Wirkungsmöglichkeiten im Völkerbund zwingen, nur weil der eine, Boncour, sich in Gegensatz zu der Politik seiner Partei und zu den Beschlüssen der Internationale gestellt hat. Belgische Genossen wie Brouckère und Vandervelde haben eine für die internationale Verständigung sehr wertvolle Tätigkeit im Völkerbundrat ausgeübt, ohne dort eine rein sozialistische Regierung zu vertreten. Dasselbe gilt für den verstorbenen Genossen Branting, der Schweden in Genf auch in Zeiten vertrat, in denen die Konservativen am Ruder waren. Hoffentlich wird Genosse Undén das Angebot, das die jetzige bürgerliche Regierung Schwedens an ihn gerichtet hat, annehmen. Für die deutsche Partei ist die Frage bisher noch nicht aktuell gewesen, aber für sie kann das Verhalten Boncours unmöglich maßgebend sein.

Die Kommunistin Schlaffer ist in München wegen Beihilfe zu einem Fluchtversuch, der im Vorjahre von den Abgeordneten Schlaffer und Götz und einem anderen Kommunisten aus dem Gefängnis unternommen wurde, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Haftentlassungsantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Frau Schlaffer versucht habe, sich einen Paß nach Oesterreich zu verschaffen.

Gewerkschaftsbewegung

Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen.

Ein Erfolg der Berliner Bauarbeiter.

Für die Ausgestaltung des Bauarbeiterschutzes führen die Berliner baugewerblichen Arbeiter seit 1897 einen steten Kampf. Mancherlei haben sie für den Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit erreicht. Indessen die Hauptforderung, die der erste Berliner Bauarbeiterschutzkongreß im Jahre 1899 aufstellte, und die von den folgenden Kongressen (Berlin 1903 und Leipzig 1913) wieder erhoben wurde, „die Einstellung von Baukontrolleuren aus den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter zur Ueberwachung bzw. Kontrolle der Unfallverhütung auf den Baustellen", war nicht möglich durchzusetzen. Während eine ganze Reihe von Städten, insbesondere München dieser Forderung als berechtigt anerkannten und durch die Einstellung von Baukontrolleuren wesentlich zur Senkung der Unfallziffern beigetragen haben, konnte in Berlin nichts geschehen. Nicht nur daß gewisse Unternehmerkreise sich gegen die Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande mit den törichtsten Gründen einsetzen, auch beim Magistrat bzw. der Baupolizei war kein Verständnis für diese Forderung zu finden.

Nach dem Kriege, als trotz der geringeren Bautätigkeit die Unfallziffern in erschreckender Weise in die Höhe schnellten, konnte man sich der Anstellung von Baukontrolleuren nicht mehr verschließen. Im Mai 1924 erhielt Berlin zunächst zwei Bautenkontrolleure, die wirklich Fachleute — 1 Maurer- und ein Zimmererpolier — waren. Wohl waren noch einige Baukontrolleure vorhanden, Polizeiassistenten, abgehalfterte Kommunalbeamte, auch Leute, die vom Bauwesen keine Ahnung haben, die einige Monate im „Baufach ausgebildet" waren, wirkten bescheiden wie ein Mauerblümchen im Verborgenen als „Baukontrolleure". Man sah und hörte nichts von ihrer Tätigkeit.

Die ständig steigende Unfallziffer unter den Bauarbeitern hatte auf eine Anregung beim Preußischen Minister für Volkswohlfahrt zur Folge, daß er in seinem Rundschreiben vom 14. November 1925 die behördlichen Organe auf ihre Pflichten hinwies. In diesem Schreiben heißt es unter anderem:

„Bei dieser Ueberwachung hat sich nach den in vielen Orten gesammelten Erfahrungen die Hinzuziehung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande bewährt. Unter Hinweis auf den Erlaß des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 13. Dezember 1918 ersuche ich deshalb, erneut dafür einzutreten, daß namentlich in den Orten, in denen bereits amtlich bestelltes Baupersonal vorhanden ist, auch Personen herangezogen werden, **die aus dem Bauarbeiterstande hervorgegangen sind.**

Eine Forderung an den Magistrat der Stadt Berlin um weitere Einstellung von Baukontrolleuren wurde abgelehnt mit der Motivierung: „daß die Bautätigkeit sich noch nicht so gehoben habe, daß sich die Vermehrung der Baukontrolleure nötig macht." Erst ein Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 1926, für jedes Bezirksamt einen Baukontrolleur anzustellen, brachte den Stein ins Rollen. Die Stellung des Magistrats blieb offen. Es mußten erst ungeheure Opfer an Menschenleben und Gesundheit auf dem Großkraftwerk Rummelsburg gebracht werden, erst die entsetzliche Vernichtung von Menschen- und Familienglück auf dieser Baustelle, die eine Menschenfalle schlimmster Art war, bevor der Magistrat aus seiner Passivität herausging.

Die Rolle, die der Verband Berliner Baugeschäfte spielte, um die ihm begreiflicher Weise keineswegs erwünschte Anstellung von Arbeiterbaukontrolleuren und eine strengere Kontrolle zu hintertreiben, wurde kürzlich im „Vorwärts" beleuchtet. Das Treiben war jedoch diesmal erfolglos.

Der Magistrat hat zunächst 13 Baukontrolleure, von denen 10 den freigewerkschaftlichen und einer dem christlichen Bauarbeiterverband angehört, eingestellt. Mitte Juni haben sie ihre Tätigkeit aufgenommen.

Wir möchten nun besonders darauf hinweisen, daß die Baukontrolleure bei der Revidierung der Arbeitsstellen sich mit der Betriebsvertretung der Arbeiter — den Baudeligierten, Betriebsrat, Vertrauensmann — in Verbindung zu setzen haben. Indes auch unsere Betriebsräte, Baudelegierten — also die Betriebsvertretung, — haben nach § 66 Nr. 8, § 78 Nr. 6 und § 92 des BRG. vom 4. Februar 1920 die Pflicht, die Baukontrolleure und Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren zu unterstützen.

Das wird in der Beantwortung des Herrn Wohlfahrtsministers für Preußen, die er auf die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bezüglich der Bauunfälle, Großkraftwerk Rummelsburg, gegeben hat, ausdrücklich unter Ziffer 4 des Antwortschreibens hervorgehoben. Der Herr Minister betont, daß es einer besondern Anweisung an diese Behörden, sich der Betriebsvertretung zu bedienen, nicht bedarf. Er wird indessen noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß es — zumal in größeren Betrieben — zweckmäßig ist, daß die Baupolizei auch von sich aus mit den Betriebsvertretungen Fühlung nimmt.

Von den Baukontrolleuren erwarten wir, daß sie ihr schweres, undankbares Amt mit dem nötigen Takt, der erforderlichen Umsicht und gehörigen Energie im Interesse des Bauarbeiterschutzes ausüben werden.

Die Berliner baugewerblichen Arbeiter aber haben durch die Einstellung der Baukontrolleure nach jahrelangem zähen Kampfe für die Ausgestaltung des Bauarbeiterschutzes einen großen Erfolg zu buchen.

Abzüge in der AEG.

Fabrik für elektrische Meßinstrumente.

In einer gut besuchten Versammlung am 16. Juli in der Schulaula Grünthaler Straße nahm die Belegschaft der AEG., Werk Koloniestraße und Drontheimer Straße zu den von der Direktion angeordneten Abzügen Stellung. Der Vorsitzende des Betriebsrats berichtete über die vom Betriebsrat geführten Verhandlungen, die leider ohne Erfolg waren. Die örtliche Direktion sei an diesen Maßnahmen weniger schuld als die Fabrikenoberleitung und der VDMJ.

In der lebhaften Aussprache, die auf den Bericht folgte, kam zum Ausdruck, daß der Unwille über diese Maßnahme sehr groß ist, der sich oft sehr drastisch bemerkbar machte. Die Belegschaft kann es nicht verstehen, daß in der heutigen Zeit, wo die Mieten erhöht, die Lebensmittelzölle in Kraft treten, wo noch überall kurzgearbeitet wird und ein oder mehrere Erwerbslose fast in jeder Familie sind, die von der unzureichenden Unterstützung nicht leben können und deshalb von den noch arbeitenden Familienmitgliedern miterhalten werden müssen, noch Abzüge vom Verdienst gemacht werden.

Zur Begründung der Abzüge heißt es, daß die hergestellten Waren billiger werden müssen. In der Versammlung war aber die Meinung vertreten, daß die Ware deshalb nicht billiger wird, wenn man nicht versucht, die Verwaltungsunkosten zu verringern. Man baut zwar Arbeiter, Arbeiterinnen und untere Angestellte ab, doch die nicht tarifmäßig eingestellten Beamten, die durch ihre hohen Gehälter die Unkosten wesentlich steigern, entläßt man nicht, sondern stellt selbst noch welche ein. Auch die Arbeitsmethode könnte eine andere sein, trotz der Rolltische.

Sämtliche Redner forderten die Belegschaft auf, sich fester in der Organisation zusammenzuschließen. Der Betriebsrat wurde beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um die Abzüge abzuwehren. Der Organisationsvertreter Vogeler teilte mit, daß am Dienstag eine Verhandlung mit dem VDMJ. stattfindet. Zu diesem Resultat soll eine spätere Versammlung Stellung nehmen.

Jubiläum der Kieler Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter in Kiel feierten am 17. und 18. Juli ein Fest von besonderem Gepräge. Der 17. Juli galt den Jubilaren, die in diesem Jahren dem Deutschen Metallarbeiterverband 25 Jahre und mehr angehören. Am 18. Juli waren 50 Jahre verflossen, seitdem sich die damalige Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft eine Fahne gab und 35 Jahre vergangen, seit die Verwaltungsstelle Kiel des Deutschen Metallarbeiterbandes gegründet worden ist. Grund genug, um ein Fest der Erinnerung an ein Menschenalter des großen Befreiungskampfes der Arbeiterschaft zu feiern.

Der Konflikt in der schlesischen Landwirtschaft.

Weder Ernte- noch Lohnzulage.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Oeffentlichkeit wurde vor einigen Tagen davon unterrichtet, daß in der schlesischen Landwirtschaft einige Betriebsstreiks ausgebrochen sind. Die tiefere Ursache dieser Streiks liegt in der Tatsache, daß seit dem 1. Januar 1926 kein Tarifvertrag mehr besteht und seit mehr als Jahresfrist keine Lohnerhöhungen erfolgt sind. Die Landarbeiter empfinden das augenblicklich besonders stark, weil überall die Erntearbeit einsetzt und damit die Zeit der größten Inanspruchnahme menschlicher Arbeitskraft gekommen ist.

Die Situation führte dazu, daß Ende der vorigen Woche Verhandlungen vor dem Schlichter stattfanden. Von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Landarbeiter wurde hierbei zunächst der Antrag gestellt, über die Gewährung einer Erntezulage zu verhandeln. Das lehnten die Arbeitgeber ab mit der Erklärung, zur Zahlung irgendwelcher Erntezulagen in diesem Jahre nicht imstande zu sein. Bei dieser Ablehnung bleibt nur der Weg eines betriebsweisen Vorgehens. Auf diesem Wege werden die organisierten Landarbeiter von ihrer in den einzelnen Betrieben erzielten Machtstellung Gebrauch machen und dabei nach den Erfahrungen des Vorjahres mehr herausholen können, als es am Verhandlungstisch möglich ist.

Nach Erledigung der Aussprache über die Gewährung der Erntezulage verhandelten die Parteien nochmals über den Abschluß eines Landarbeitertarifes für 1926. Auch diese Verhandlungen scheiterten, weil die Arbeitgeber auch über eine Lohnerhöhung nicht mit sich reden lassen wollen.

Nunmehr will die Reichsregierung eingreifen. Ein von ihr beauftragter Beamter soll am Mittwoch oder Donnerstag in Breslau erscheinen, um zwischen dem Standpunkt beider Parteien zu entscheiden. Möge dieser letzte Einigungsversuch zu einem Erfolg führen und damit die drohende Gefahr eines schweren Wirtschaftskampfes in der schlesischen Landwirtschaft beseitigt werden.

Sauregurkenzeit.

Die von mehreren Korrespondenzbureaus berichtete und in einem Teil der bürgerlichen Presse verbreitete Entschließung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, in der der Zusammenschluß aller im Bergbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbau-Industrieverband gefordert wird, ist in der Schlußsitzung der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Saarbrücken gefaßt worden. Die Meldungen, daß es sich um eine am Dienstag in Dortmund gefaßte Entschließung handelt, ist nicht zutreffend.

Tagung des Internationalen Bergarbeiterausschusses

Paris, 20. Juli. (WTB.) Der Internationale Bergarbeiterausschuß ist heute in Paris zusammengetreten, um die internationale Lage im Bergbau zu prüfen.

Die faschistische Sabotage des Achtstundentages.

Die „Begeisterung" in den faschistischen Gewerkschaften.

Mailand, 21. Juli. (Eigener Bericht.) Mit der Einführung der neunten Arbeitsstunde in der italienischen Industrie versetzt Italien nicht nur dem Abkommen von Washington einen Schlag, das zu halten es auf der Londoner Arbeitsministerkonferenz durch den Mund seines Delegierten, des früheren Anarchisten de Michelis, versprochen hatte, sondern eröffnet damit auch den Kampf gegen jeden Versuch, die sozialen Abmachungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf in Anwendung zu bringen. Was aber noch abstoßender ist, ist das Bestreben des faschistischen Regimes, das Ausland glauben zu machen, daß die italienischen Arbeiterorganisationen diesen Maßnahmen der Regierung ihre „begeisterte Zustimmung" geben. So hat in der Tat Mussolini in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Daily Mail" gesagt, die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer hätten keinerlei Schwierigkeiten ergeben, da „alle diese Organisationen faschistisch" seien.

Wir sind jedoch in der Lage, Herrn Mussolini Lügen zu strafen. Im selben Augenblick nämlich, als die Verordnung der Regierung bekannt wurde, in der der tägliche Umfang der Zeitungen auf 6 Seiten beschränkt und der Arbeitstag mit neun Stunden festgesetzt wurde, hat die faschistische Buchdruckergewerkschaft ein Rundschreiben an die Gruppensekretäre gerichtet, in dem, nachdem auf die „schwere Schädigung des sowieso schon unter Arbeitslosigkeit leidenden Buchdruckergewerbes" durch die Beschränkung auf 6 Seiten hingewiesen worden ist, folgende Ausführungen gegen den Neunstundentag zu lesen sind:

„Man darf bis zur Einführung neuer Dispositionen keine Erhöhung der Arbeitszeit vornehmen, ohne einen regelrechten Vertrag festzusetzen, der eine Entschädigung für die entstehenden Ueberstunden gewährleistet."

Das ist wohl die beste Antwort an Mussolini!

Achtung, Bauarbeiter! Bei der Firma Held & Franke, außer dem Großkraftwerk Rummelsburg, bestehen zwischen den Akkordmauerern und der Firma Differenzen.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin,
Verband der Akkordmaurer Berlins.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Neukölln** 1: Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Ein Gruppenabend im Freien (Treffpunkt ½7 Uhr). **Schöneberg:** Jugendheim Rubensstraße (Sportplatz). Welche Aufgaben hat unsere Mädchenkommission? **Südwesten:** Jugendheim Bärwaldstr. 64. Diskussion: „Gewerkschaftliche Fragen". **Norden:** Jugendheim Gartenplatz 4. Musik- und Liederabend. **Nordring:** Jugendheim Eberswalder Str. 10. Nordring macht Visite (Besuch der Gruppe Wedding). **Charlottenburg:** Jugendheim Berliner Str. 137, Tisch. Krankenkassenverband. Vortrag: „Die Entwicklung der Familie". — Zum Spielen im Freien treffen sich auf dem Spielplatz 4 **im Friedrichshain** die Gruppen Landsberger Platz, Frankfurter Allee und Mitte: **im Treptower Park,** Spielwiese 1, Lichtenberg; **im Schillerpark,** Schillerwiese, Gesundbrunnen und Wedding.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr für folgende Abteilungen: **Lichtenberg:** Jugendheim Schule Gollerstr. 61. Süddeutscher Abend. **Neukölln:** Jugendheim Rosastr. 30. Tagesordnung in der Beratung. **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Ledigenheim, 5 Tr.). Heimabend. **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. Heiterer Abend.

Verantwortlich für Politik: **Ernst Reuter;** Wirtschaft: **Artur Saternus;** Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Ehkern;** Feuilleton: **Dr. John Schikowski;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

Heute Schlusstag
unseres
Saison-Ausverkaufs
HERMANN TIETZ

Kleine Verdiener.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt von Woche zu Woche. Immer neue Existenzen werden in diesen Mahlstrom des Unglücks hineingerissen. Und wer heute seinen Platz im Betrieb verliert, der geht mit zusammengebissenen Zähnen pflichtgemäß auf den Arbeitsnachweis, geht auch hier und dort nach Arbeit fragen, steht um den „Arbeitsmarkt" nachmittags an — — — aber keiner hat viel Vertrauen in sich. Arbeit? Ausgerechnet er wird Arbeit kriegen, wo so viele auf dem Pflaster liegen, wo so viel Hände nach Arbeit greifen! — Und Woche um Woche wächst in ihm diese böse, stumpfe Resignation. Scheu schleichen sie zu Hause um den Vater herum, der keine Arbeit hat, — es fragt ihn schon niemand mehr, wenn er nach Hause kommt, nach dem Ergebnis seiner Bemühungen. Und eines Tages heißt es: „Ausgesteuert!" — Was nun? — Die Frau verdient wohl hier und da einige Groschen, hat endlich eine „Aufwartung" und eine „Reinemachestelle" gefunden, Vater bringt von irgendeiner Gelegenheitsarbeit auch ein paar Groschen nach Hause — aber da sind noch mehr Mäuler. Gut, wenn „die Großen" Arbeit haben — ihr Kostgeld hilft durchhalten. Aber nicht überall sind hilfreiche „Große" da — manchmal haben auch sie keinen Verdienst. Und dann müssen die Kleinen heran, die jüngsten und kleinsten Verdiener. Freilich, der Kinderarbeit in der Industrie sind durch das Arbeiterschutzgesetz einige Schranken gezogen, und so schlimm wie in den ersten Zeiten des Fabriksystems, als Kinder an den Spinnmaschinen standen und Fünf-, Sechs-, Siebenjährige schon in die Fabrikfron mußten — so schlimm ist es heute nicht mehr. Aber noch sind allerlei Lücken in diesen Zäunen, die das Gesetz errichtet, und die Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist ein böses Kapitel; doch auch in der Großstadt gibt es manche Gelegenheit für kleine Hände, einige Groschen zu verdienen. Die Not überwindet Vaters Widerstreben. Auch die paar Groschen, die der Junge, das Mädel nach Hause bringt, rechnen. Die kleinen Verdiener, täglich laufen sie an uns vorbei, wir sehen meist über sie hin. Aber jeder ist ein kleiner Mensch, und an jedem formt das Leben jetzt schon mit harten Griffen. Wie sieht ihre Jugend aus?

Portierkinder.

Vater ist Klempner, Mutter hat die Portierstelle. Zwei kleine Stuben und ein fensterloses Loch, die „Küche", sind die „freie Wohnung", die die ganze Entschädigung für die Portierarbeit ist. Vier Kinder! Ein Glücksfall, daß sich überhaupt ein Hauswirt fand, der die Familie aufnahm. Vier Kinder aufziehen — das ist schon ein Problem, und solange keins verdient, ist bei einem Durchschnittslohn immer **Schmalhans Küchenmeister.** Und kaum ist die Größte 12 Jahre alt, da muß sie mithelfen. Wenn Vater Arbeit hat, wird ihr das Geld, das sie als kleines Kindermädchen und für andere häusliche Hilfe bei den Mietern verdient, aufgehoben; das gibt immer schon die Kleidung. Elli verdient; sie ist **das Aschenputtel all der Mittelstandsdamen, bei denen es längst nicht mehr zu einer ständigen, regulär bezahlten Haushilfe langt.** Sie muß die Küche der jungen Frau X, die alle Tage umschichtig Blumenkohl oder Koteletts „kocht" und dafür alle Töpfe braucht, in Ordnung bringen, muß mit Y's verzogener Göre spazieren gehen und bei zwei, drei Parteien immer die Mülleimer abholen. Die Schularbeiten leiden daneben elend Not, Elli verbricht ein fürchterliches Deutsch, und als sie endlich mit 15 Jahren in eine Kontorlehrstelle gebracht wird, da bringen ihr die vielen jung verdienten Groschen manchen „Anschnauzer" wegen ihrer mehr originellen als einwandfreien Orthographie ein. — Paul und Frieda füllen nun ihre Stelle aus: Paul, der so gerne Tischler werden wollte, wächst als Laufjunge der Bäckersleute in die Karriere eines Bäckerlehrlings hinein; Frieda wird bei den Hausbewohnern die Nachfolgerin ihrer Schwester. Kaum aber sind die beiden aus der Schule, da finden sie Anschluß an die Arbeiterjugend, und **ein neuer Geist** zieht mit ihnen in das Haus. Alle Abend pfeifen die Jugendgenossen vor dem Haus das Signal „Nicht zählen wir den Feind", aus dem Parterrefenster der Portierwohnung klingen die Lieder unserer Jugend. Die wenigen Sozialisten im Haus freuen sich der frischen Jugend. Aber sie sind gerade nicht die „Herrschaften", und Paul und Friedas Beliebtheit bei den anderen Mietern hat erheblich gelitten, sie werden nicht mehr gern in Anspruch genommen. — Die Elli, die ihre Kinderjahre an anderer Leute Abwaschtischen hinbrachte, die Frieda und der Paul — drei Kinder aus gleichen häuslichen Verhältnissen; aber wenn man die drei heute nebeneinander sieht, dann weiß man, wie teuer Elli die früh verdienten Groschen bezahlt hat — — —

Lotte.

Ich sitze vor dem kleinen Wiener Kaffee am obersten Ende der Friedrichstadt. Da piept ein dünnes Stimmchen neben mir: „**Streichhölzer?**" und eine magere Kinderhand schiebt eine Schachtel auf die Marmorplatte. Wie eine kleine graue Maus huscht das dürftige Persönchen von einem Tisch zum anderen, und an drei, fünf, sechs Tischen nimmt man der kleinen Händlerin auch ihre Ware ab. Als sie das Lokal verlassen will, rufe ich sie an. Sie gibt bereitwillig Auskunft: „Vater ist Tapezierer, **aber er kriegt keine Arbeit mehr** — nu schon so lange. Meine große Schwester und mein Bruder sind weg von uns; **Mutter handelt auch.** Ich bringe ofte fünf Mark nach Hause, Mutter meistens auch, ich jeh' alle Tage —." Das altkluge kleine Gesichtchen der Neunjährigen erzählt wichtig weiter: „Wo Portiers sind, darf man nicht rein; **am nettesten sind die „Frolleins"**, die geben mir das Jeld manchmal so, eine spendiert mir immer **ein Jlas Milch.**" — Mir krampft sich das Herz zusammen. Kleine Lotte, was wird aus dir werden? Heute noch freust du dich nur der Milch, die dir das „Frollein" in ihrem „Verkehrslokal" immer „spendiert" — in ein paar Jahren hat sich dein dürftiger Kinderkörper gestreckt, dann **spendiert dir vielleicht** eher der Kavalier der „Frolleins" mal einen süßen **Likör**, eines Tages wirst du finden, daß deine schlanken Beinchen doch in elend vertragenen Schuhen stecken. — Von eins bis sieben klappern Lotte und ihre Mutter die Friedrichstadt ab. Dann bleibt ihnen ein Reinverdienst von 5 bis 6 Mark, beiden zusammen, denn die Schachtel Streichhölzer, die Lotte mit 5 Pfennig verkauft, bezahlt Mutter mit 2,1 bis 2,3 Pfennig, denn zum Einkauf von größeren Mengen langt ja das Betriebskapital nicht, man kauft täglich ein. — Und die **graue Not zu Hause frißt Lottes Verdienst und ihre Jugend.** Und plötzlich ist mir, als grinse mich schon aus dem freudlosen, altklugen Kindergesichtchen die geschminkte Fratze einer heruntergekommenen Dirne an — — —.

Fritze.

Der Hochbahnwagen leert sich endlich. Neben mir findet der stämmige braune Junge endlich einen Sitzplatz. Er greift in die Hosentasche und zieht eine ganze Menge Kleingeld heraus, um es zu überzählen. Er meint vergnügt: „Heute is's jenuch!" — „Menschenskind, wo hast du bloß das viele Geld her?" versuche ich ein Interview. **„Na ick bin doch Tennisboy!** So lange Ferien sind, nehme ick det immer ordentlich wahr, da fahre ick schon morjens hin un nehme mir Stullen mit. Die Stunde jibt's fufzig Pfennje, un noch manchmal Trinkjeld!" — „Junge, dann verdienst du ja ein Vermögen!

Der Wobbly.

37] Von B. Traven.

Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.

Die Nächte in den Tropen haben für den Menschen, der, so lange wir ihn kennen, ein Taggeschöpf ist, etwas unsagbar Unheimliches an sich. Viel unheimlicher noch sind die tropischen Nächte für die Tagtiere. Kleine Herden kommen des Abends zum Ranchohaus, um in der Nähe der Menschen zu sein. Sie wissen es ganz genau, daß der Mensch sie beschützt. In den Wochen nach der Regenzeit, in denen die Moskitos und die Beißfliegen in der Luft schwirren, dick wie aufgewirbelter Staub, kommen die Rinder selbst an Tage von den Prärien heim und drängen sich um das Ranchohaus, wo sie auf Hilfe hoffen. Man kann ihnen keine Hilfe gewähren, weil man selbst Kopf, Gesicht und Hände mit Tüchern umwickelt hat, um sich gegen die Geister der tropischen Hölle zu schützen.

Aber selbst die Riesenherden fangen an, unruhig zu werden, sobald die Sonne untergegangen ist. Sie umzirkeln die Hütten der Herdenaufseher und lagern sich rund herum. Die Wachleute umreiten die Herden während der ganzen Nacht. Abends, nach Sonnenuntergang ziehen alle Männer herum und singen die Herde in den Schlaf. Dann erst beginnen die Tiere sich zu legen. Manche großen Viehzüchter überlassen es den Herdenmännern, den Cowboys, ob sie singen wollen oder nicht; sie halten es für überflüssig, für alten Kohl. Aber Vieh, das nicht eingesungen wird, ist nicht so gut wie anderes, das in den Schlaf gesungen wird. Das Vieh bleibt die ganze Nacht hindurch unruhig, legt sich für zehn Minuten und springt wieder auf, um umherzuwandern und anderes Vieh zu streifen und die Kameradschaft zu fühlen. Dieses Vieh ist am Morgen schläfrig, und weil es am Tage den verlorenen Schlaf nachholen muß, frißt es nicht so gut, wie das gesungene. Es kommt infolgedessen viel langsamer in Form. Auf Transporten muß man erst recht singen, denn hier ist das Vieh viel unruhiger, weil es ja auf ungewohnten Prärien lagert. Würde man die Herde hier nicht in den Schlaf singen, hätte man es an der Marschzeit schwer zu büßen, weil die Herde dann am Tage mehr ruht, als es für den Marsch gut ist.

Ich jedenfalls ließ jeden Abend singen, und die Männer taten es mit Vergnügen. Sie ritten langsam und gemütlich, steckten sich zuweilen eine Zigarette an, und dann sangen sie wieder. Und bei dem Singen legten sich die Rinder in dem Bewußtsein absoluter Geborgenheit hin und ruhten. Schläfrig sahen sie dem reitenden Manne nach, brummten und begannen zu schlafen. Wird auch des Nachts ab und zu gesungen, so ist das den Tieren nur um so lieber. Sie wissen, daß ihnen dann nichts geschehen kann, denn der Mensch ist in der Nähe und beschützt sie gegen die Schrecknisse der Nacht. In der Tat verscheucht das Singen der Männer die Jaguare und Berglöwen. Daß dieses Singen der Kuhmänner auch alle Menschen verscheucht, die sich unter Singen eben Singen vorstellen, erwähne ich nicht. Man braucht mich nur singen zu hören, dann weiß man die letzten Geheimnisse der Welt.

Ich hatte die Kopfwache, die der Vormann hielt, auch hierher genommen, damit wir die letzten paar Abende noch alle zusammen sein konnten. Die Vorwache war überflüssig geworden, weil drüben der Fluß lag, der sich bis zur Stadt hinstreckte. Die Flanken konnten leicht gehalten werden von den beiden Wachen. Während die Leute rauchten und schwatzten, sattelte ich noch einmal auf und ritt die Herde ab, singend, pfeifend, summend und den Tieren zurufend.

Klar, wie nur der Nachthimmel in den Tropen sein kann, lag die schwarzblaue Wölbung über der singenden Prärie. Wie kleine goldene Sonnen standen die strahlenden Sterne in der satten Nacht. Und Sterne flogen umher, hunderte, tausende, als wären sie heruntergekommen von dem hohen Dom der Welt, um Liebe zu suchen und Liebe zu spenden und dann wieder zurückzukehren in die stille einsame Höhe, wo keine Brücke führt von dem einen zum andern. Die Glühkäferchen waren das einzige sichtbare Leben hier unten. Aber das Unsichtbare sang mit Milliarden Stimmen und Stimmchen, musizierte mit Geigen und Flöten und Harfen, mit Zimbeln und Glöckchen. Und da lag meine Herde. Ein schwarzer, dunkler Brocken neben dem andern. Brummend, atmend und einen warmen, vollen, schweren lastenden Hauch erdischer Gesundheit verbreitend, der so reich war in sich, in seinem Unbewußtsein, der so wohl tat und so unendlich zufrieden machte.

Mein Herr! Mein stolzes Heer, das ich über Flüsse führte und über Felsengebirge, das ich beschützte und behütete, dem ich Nahrung brachte und erfrischendes Wasser, dessen Streitigkeiten ich schlichtete und dessen mütterliche und eheliche Liebeswünsche ich erfüllte, dessen Krankheiten ich heilte, und das ich Abend um Abend in den Schlaf sang, um das ich mich sorgte und härmte, um das ich zitterte, und das meinen Schlaf beunruhigte, um das ich weinte, wenn eines mir verloren ging, und das ich liebte und liebte, ach, so sehr liebte, als wäre es mein Fleisch und Blut! O, du, der du ein Kriegsheer über die Alpen führtest, um in friedliche Länder den Mord und den Brand zu tragen, was weißt du von der vollkommenen Glückseligkeit, ein Heerführer zu sein!

24.

Am nächsten Morgen kam der Salztransport heraus, und ich salzte die Tiere. Ich hatte ihnen nur einmal Salz gegeben während des ganzen Marsches. Man kann sich darauf nicht gut einlassen, wenn man nicht ganz genau weiß, daß man viel Wasser noch am selben Tage erreichen wird.

Jetzt aber war das Salz von großem Wert. Sie konnten sich tüchtig danach volltrinken und kamen in Glanz und Pracht, als hätten sie neue Uniformen erhalten. Ihre Felle schimmerten, als wären sie mit Bronzelack übergossen worden. Ich konnte mich mit meinem Transport sehen lassen. Drei Tage später kam Mr. Pratt mit dem Kommissionär, der den Verkauf übernommen hatte.

„Donnerwetter! Donnerwetter noch mal!" sagte er immer wieder. „Das ist Vieh. Das geht wie warme Butter fort."

Mr. Pratt schüttelte mir die Hand und sagte: „Mensch, Gale, wie haben Sie denn das nur fertig gebracht? Ich habe Sie nicht vor Ende nächster Woche erwartet. Vierhundert habe ich schon verkauft. Dadurch, daß Sie so früh hier sind, rechne ich, daß wir innerhalb einer Woche das letzte Paar Hörner los sind. Es ist noch ein zweiter Transport von einem anderen Züchter unterwegs. Und wenn Sie später gekommen wären, hätte das auf den Preis gedrückt, zweitausend Kopf in derselben Woche kann der Markt nicht tragen, ohne erheblich zu pressen. Kommen Sie nur mit zur Stadt gefahren, der Vormann kann den Rest jetzt allein schaffen."

Die beiden Herren waren mit dem Auto herausgekommen, und wir waren am frühen Nachmittag schon in der Stadt zurück. Wir rechneten ab, und ich bekam ein recht nettes Sümmchen. Zwei Kälbchen waren noch dazu geboren worden, und so hatte ich im ganzen fünf, die mir als volle Köpfe angerechnet wurden, wodurch meine Verluste sich um diese fünf Köpfe verringerten.

„Mache ich einen guten Preis," sagte Mr. Pratt, „dann gebe ich Ihnen noch einen Hundeerter zur Belohnung. Sie haben ihn verdient. Mit den Banditen sind Sie ja billig losgekommen."

„Kein Wunder," sagte ich, „den einen kannte ich gut, ein gewisser Antonio. Ich habe einmal Baumwolle mit ihm gepflückt, und wir waren gute Freunde. Er sorgte dafür, daß es billig wurde."

(Schluß folgt.)

Was fängst du plötz mit all dem vielen Geld an?" — „Hat sich wat! Mittags spielen die Leute jetzt nich, bei die Bullenhitze is bloß morjens un abends wat zu machen, aber et wär' schon jenuch, wenn et allens meins wäre! Zwee Mark jebe ick ab, weil Vater keene Arbeit hat, siebzig Pfennje nehme ick fier Zehrjeld un Fahrjeld, un det andere spart Mutter für een Winteranzuch; un wenn't Wetter nischt taucht denn ist't mit die janze Bransche Essich. Un denn hat man jetzt ooch die Konkurrenz von die Arbeitslosen, wat junge Männer sind. Aber die meisten Herrschaften nehmen ja lieber 'n Jungen, und wenn man flink un propper is, nehmen se een immer wieder. Mutter wascht mein Hemde alle Abend; ick bin schon vorjes Jahr uff denselben Platz jewesen!" — „Na, und was wirst du, wenn du aus der Schule kommst?" — „Ick wer Schlosser un lerne Englisch; un denn jeh ick weg von hier — hier is et mit die Arbeet einfach belämmert!"

Am Schlesischen Tor steigt Fritze aus; jeder Zoll ein kleiner Businetzman, der seine Chance schon finden wird — — — vielleicht ist er einer der wenigen, denen es gelingt, die Schranken der Kaste zu durchbrechen. Der Junge hat das Zeug dazu; freie Bahn dem Tüchtigen. Und dann wird er, wie die anderen auch, vergessen, wo er her stammt und wo er hin gehört. Denn es ist das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt — — —

*

Kleine Verdiener; sie gehen neben uns, wir sehen über sie hin, und doch entscheidet sich in diesen Jahren der ersten verdienten Groschen oft ihr Schicksal, und von mancher Tragödie spielt hier der erste Akt — — —

Der zusammengebrochene Keil-Schwindel.

Unzählige Betrogene. — Unbeachtete Warnungen.

Das Wettunternehmen des Herrn Arthur Keil ist zusammengebrochen, die Angestellten und Hunderte kleiner Einzahler sind schmählich um ihr Geld geprellt, der Macher des skrupellosen Betruges selbst ist verhaftet, die Bureaus geschlossen worden. Mit noch nicht 100 Mark „Stammkapital" hatte Arthur Keil sein Unternehmen begründet, jetzt erwartet die deutsche Justiz ein Monstreprozeß mit Hunderten von Geschädigten und ungefähr 4—500 Zeugen. Die gestrigen Spätabendblätter sind dabei, die „Sensation" des gemeingefährlichen Gauners mit Photographie und allem zeitungstechnischen Komfort aufzuziehen.

Als der „Vorwärts" vor vier oder fünf Wochen wohl als erstes Blatt auf den neuen Trick des berüchtigten Keil hingewiesen und das Einschreiten der Behörden verlangt hatte, fanden wir bedauerlicherweise nicht die notwendige Unterstützung der übrigen Blätter. So konnte sich das schamlose Betrugsunternehmen, das vor allem in den Arbeitervierteln mit den törichsten Vorspiegelungen seine Opfer fing, fast ungestört entwickeln. Immerhin haben unsere mehrfachen Publikationen den Erfolg gehabt, daß die Staatsanwaltschaft auf das seltsame „Geschäft" des „Keil-Konzerns" aufmerksam wurde. Zu scharfer Kritik fordert auch die Lässigkeit der Behörden heraus. War es wirklich nicht zu vermeiden, daß Keil wiederum Unzählige mit seinen Tips betrog, bestand keine Möglichkeit, das Uebel zu Beginn energisch zu ersticken? Hätte man an kompetenter Stelle die erste Keil-Publikation des „Vorwärts" beachtet, so wäre es sicherlich um manches nunmehr gestohlene Kleinleutevermögen besser gewesen. Ueber Keils Methoden werden weitere interessante Einzelheiten bekannt: Keil besaß zuletzt 18 Filialen in allen Stadtteilen Berlins, die sämtlich gewaltigen Zulauf hatten. Das Hauptgeschäft befand sich in einer 15-Zimmerwohnung in der Friedrichstraße, wo, wie schon berichtet, auch kein einziges Mal die Miete bezahlt wurde. Keil operierte bei seinen Machinationen sehr geschickt mit der unwahren Behauptung, die Staatsanwaltschaft habe sein System geprüft und gebilligt. Die Angestellten, die ihr Gehalt nie ausbezahlt erhielten, beruhigte Keil, indem er ihnen „Geschäftsbeteiligung" in Aussicht stellte. Die Angestellten mußten ihre Ersparnisse dazu hergeben, um Anteile des Schwindelunternehmens zu kaufen. Für Juni und Juli sind überhaupt keine Gehälter bezahlt worden. Keil war skrupellos genug, zahlreiche Angestellte zu entlassen und — neue einzustellen, die wiederum Darlehen gaben. Die „Anteil"gelder der Angestellten sind restlos verloren. Die Darlehenssumme, die Keil sich auf diese schändliche Weise von seinen Angestellten ergaunert hat, soll 60 000 Mark übersteigen. Neben einem Blatt, das sich „Die Freiheit" nannte, gab der Keil-Konzern eine Bilderschmutzserie heraus, die er „Berliner Großstadtbilder" firmierte. Besonders in der ländlichen Provinz hatten diese Sudelblätter einen äußerst starken Absatz. Sie betrafen Kokainhöhlen, Kaschemmen, Weinlokale, angebliche Kinderbordelle, Massagesalons, Spielerpaläste und ähnliches. Die Lieferung der Serienbilder geschah so, daß die Neugier des lüsternen Provinzonkels gleichsam nur stückweise befriedigt wurde. Zu Weihnachten ungefähr wären die Abonnenten im Besitz der „Geheimnisse von Berlin" gewesen. In Verbindung mit Keil, der äußerst luxuriös auf Kosten seiner Einzahler lebte, stand auch eine gewisse Treuhandgesellschaft für Handel, Industrie und Gewerbe m. b. H., für die ein. Herr Rösch, Berlin W 8, Friedrichstr. 78, verantwortlich zeichnete.

Zurzeit beschäftigen sich die Staatsanwaltschaften I und III mit den Keil-Affären.

Der russische Luftverkehr.

Heute früh Weiterflug der russischen Flieger nach Paris.

Wischneff, der Leiter der russischen Zivil-Luftflotte, sprach gestern bei einem Presseempfang in den Räumen der russischen Botschaft über den russischen Luftverkehr. Die Gesellschaft „Aviachim" ist gegründet worden, um durch Fernflüge eine enge Verbindung mit dem Flugwesen der anderen Staaten zu schaffen. Wir wissen, daß uns die westlichen Länder im Flugwesen überlegen sind, wir kommen darum auf unseren Flügen in andere Länder, um Erfahrungen auszutauschen, um eine enge Verbindung zur Hebung des Interesses am Flugwesen zu schaffen. Für Rußland mit seinen weiten Länderstrecken und seinem schlechten Verkehrsnetz ist der Flugdienst sehr wichtig. Im Jahre 1925 hat der „Aviachim" den bekannten Peking—Tokio-Flug mit gutem Erfolg organisiert. Es sind seinerzeit 5 Flugzeuge gestartet, welche alle bis auf eines, das in der Nähe von Peking zwischenlanden mußte, glatt am Bestimmungsort und in Moskau eintrafen.

Der Verband „Aviachim" hat für das Jahr 1926 vier Werbe- und Weltflüge vorgesehen: der erste — nach Teheran, unter Führung des Piloten Moissejeff: der Start erfolgte in der Nacht zum 11. Juli mit dem russischen Flugzeug „Iskra" und führt über Rostow—Mineralnije Wodi—Baku nach Teheran und auf dem gleichen Wege zurück; der zweite — Moskau—Königsberg—Berlin—Frankfurt—Paris und zurück, unter Führung des Piloten Schebanoff; der dritte — Moskau—Charkow—Sewastopol—Angora und zurück über Batum—Tiflis—Mineralnije Wodi—Rostow—Moskau, unter Führung des Piloten Metheraup, mit dem russischen Flugzeug „Roter Stern", Type R I mit 400 PS-Motor. Der Flug wird von Sewastopol ohne Landung über das Schwarze Meer, unter Einbeziehung des Schutzes der Schwarz-Meer-Flotte, durchgeführt; der vierte — Moskau — Berlin — Paris — Rom — Wien — Prag Warschau—Moskau unter Führung des russischen Flugzeugführers Gromow. — Unsere Flugstrecken weisen meist eine Beteiligungsziffer von 100 pro Mille auf. Eine Ziffer, die in Westeuropa nicht erreicht wird, weil die Konkurrenz der Eisenbahn ein weit ausgedehnteres Netz hat. Unsere Flugstrecken sind 5600 Kilometer lang und führen nach Asien, der Mongolei, nach Baku und Tiflis. Unsere Flugzeuge werden zur Bekämpfung der Heuschreckenplage herangezogen. In einer Flugstunde wird ein Gebiet von 120 Hektar von den Heuschreckenschwärmen gesäubert. Ueber den Verlauf der durch Notlandungen unterbrochenen Fahrt von Königsberg nach Berlin berichtete Wischneff, daß alle Notlandungen glatt abgelaufen sind, obgleich die Flieger nicht immer günstiges Gelände fanden.

Heute nach um 3 Uhr fliegt das russische Flugzeug weiter über Frankfurt nach Paris.

Ein städtisches Notstandsprogramm.

Eine Aktion der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Die Verhältnisse auf dem Berliner Arbeitsmarkt sind in den letzten Wochen immer katastrophaler geworden. Es muß angesichts dieser Entwicklung von der Stadt Berlin unbedingt erwartet werden, daß sie von sich aus das Menschenmögliche tut, um dieser Not wenigstens etwas zu steuern. Da die Stadtverordnetenversammlung sich augenblicklich in Ferien befindet, hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion es für richtig gehalten, durch eine besondere Aktion beim Berliner Magistrat dahin zu wirken, daß inzwischen alle Vorarbeiten getroffen werden, damit beim Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung keine Zeit mehr verloren zu werden braucht und weitere Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden können. Sie hat deshalb an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, den 16. Juli 1926.

An den
Magistrat Berlin
z. Hd. des Herrn Bürgermeister Scholtz,
Berlin C. 2.
Rathaus.

Die Veröffentlichung des Landesarbeitsamtes Berlin zeigt, daß **die Ziffern der Erwerbslosigkeit** entgegen allen Erwartungen in **Berlin Woche für Woche ansteigen.** Für die städtischen Körperschaften ergibt sich aus dieser Tatsache die Notwendigkeit, nach Maßgabe ihrer Kräfte

alles zu tun, um dieser Erwerbslosigkeit zu steuern

und die damit verbundenen schweren sozialen Nöte zu mildern. Unsere Fraktion hält es deswegen für nötig, dem Magistrat zur Berücksichtigung folgendes zu unterbreiten: Da die Stadtverordnetenversammlung sich augenblicklich in Ferien befindet, so wird es notwendig sein, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die von uns vorgesehenen Beschlüsse möglichst in der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erledigt werden können. Es erscheint deshalb zweckmäßig, daß der Magistrat von sich aus alle diesbezüglichen Vorlagen nicht nur nach der finanziellen, sondern auch nach der technischen Seite hin so durcharbeiten läßt, daß

die Arbeiten evtl. sofort aufgenommen

werden können. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die peinliche Verzögerung, die im vergangenen Winter während der Weihnachtsferien entstanden war und nehmen an, daß der Magistrat in diesem Falle dafür Sorge tragen wird, daß ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen.

Zur Sache selbst schlagen wir vor, daß der Magistrat

ein umfassendes Programm für städtische Notstandsarbeiten

entwirft und eine entsprechende Vorlage der Stadtverordnetenversammlung so rechtzeitig zuleitet, daß sie evtl. noch vor der ersten Sitzung im Haushaltsausschuß beraten werden kann. Nachdem durch die Beschlüsse der städtischen Körperschaften der Etat der Stadt verabschiedet worden ist, stehen die Vorbehaltsmittel voll zur Verfügung. Auch kann damit gerechnet werden, daß die im Etat vorgesehenen Steuereingänge einkommen werden. Falls eine weitere Deckung notwendig sein sollte, müßte der Magistrat gleichzeitig eine besondere Deckungsvorlage einreichen. Wir werden mit Rücksicht auf die ungeheure Erwerbslosigkeit von uns aus **alles tun, um die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.** Wir schlagen ferner vor, daß der Magistrat bei Reich und Staat auf die Tatsache hinweist, daß in Berlin die Erwerbslosigkeit weit über dem Durchschnitt des Reiches steht und daß infolgedessen die vom Reich und vom Staate beabsichtigten Aktionen der Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auch Berlin zugute kommen müßten. Wir ersuchen den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung in einer besonderen Vorlage zur Kenntnisnahme Mitteilung über den Erfolg solcher Schritte zu machen. Nachdem auch die Generalversammlung der Hochbahn dem Vertrag mit der Stadt Berlin zugestimmt hat, ist die Bahn frei für die Durchführung der bei dieser Transaktion in Aussicht genommenen Maßnahmen. Wir schlagen deshalb vor, die Verhandlungen über die **Aufnahme einer Auslandsanleihe** möglichst zu beschleunigen. Es würde dann möglich sein, nicht nur die Vollendung der AEG-Bahn in schleunigerem Tempo durchzuführen, nachdem über die Linienführung dieser Bahn keinerlei Streitpunkte mehr bestehen und inzwischen auch alle technischen Vorbereitungen für die Inangriffnahme der Arbeiten an allen Punkten getroffen sind. Es würde ferner möglich sein, unbeschadet einer sorgfältigen Durchprüfung eines größeren Bauprogrammes sofort diejenigen Verstärkungslinien in Angriff zu nehmen, über deren Durchführung Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Wir denken dabei insbesondere an die Herstellung der **Anschlußstrecken der Nord-Süd-Bahn, an den Vollring in Tempelhof und Neukölln,** sowie an die neue **Zubringer-Linie Lichtenberg-Alexanderplatz.** Wenn der Magistrat die Verhandlungen über die Anleihe beschleunigt durchführt, würde es nötig sein, entsprechende Beschlüsse der städtischen Körperschaften noch im September herbeizuführen und die Bauarbeiten auf diesen Strecken sofort zu beginnen. Es könnte weiter die Straßenbahn von der ihr auferlegten Verpflichtung, den Bau der AEG.-Bahn mit 20 Millionen Mark zu finanzieren, etwas entlastet werden. Es würde dann möglich sein, die dringendsten neuen Strecken der Straßenbahn sofort in Angriff zu nehmen. Wir denken dabei in erster Linie an die Verlängerung der **Straßenbahn vom Bahnhof Heerstraße nach Spandau.** Ferner wird es notwendig sein, daß der Magistrat für die Durchführung einer gesunden Wohnungsneubaupolitik in Berlin ein über mehrere Jahre sich erstreckendes Bauprogramm aufstellt, damit wir nicht, wie in diesem Jahre, gezwungen sind, Entschließungen erst in letzter Stunde zu fassen. Eine solche Vorarbeit würde den ungehinderten Fortgang der Bauarbeiten wesentlich erleichtern und jetzt schon allen beteiligten Industrien und dem Gewerbe sehr zugute kommen. Insbesondere ersuchen wir den Magistrat, bei der preußischen Regierung dahingehend vorstellig zu werden, daß das der Stadt Berlin bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel zugefügte Unrecht endlich durch eine entsprechende Zuteilung aus dem staatlichen Ausgleichsfonds wenigstens etwas wieder gutgemacht wird. Wir weisen insbesondere auf den steigenden Wanderungsgewinn der Berliner Bevölkerung, der jede Aussicht auf Beilegung der Wohnungsnot illusorisch macht, wenn Berlin weiter wie bisher benachteiligt wird.

Wir glauben nicht, daß es im einzelnen notwendig ist, nachzuweisen, welche

große politische Bedeutung einer verstärkten Tätigkeit des Magistrats auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung

zukommt. Wir sind von uns aus bereit, den Magistrat in jeder Beziehung zu unterstützen, wenn er auf diesem Gebiete Maßnahmen trifft, die geeignet sind, der ungeheuren Not in Berlin wenigstens etwas zu steuern. Wir halten uns aber verpflichtet, auf diese Aufgabe besonders hinzuweisen und erwarten möglichst bald einen Bescheid des Magistrats, daß und in welchem Umfange er in unserem Sinne tätig ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.
i. A.: Krille.

Im Anschluß an dieses Schreiben hatten Vertreter des Vorstandes der Stadtverordnetenfraktion gestern eine Unterredung mit Bürgermeister Scholz, dem Vertreter des in Urlaub befindlichen Oberbürgermeisters. In dieser Unterredung kamen auch die Vorgänge im Arbeitsnachweis in der Gormannstraße zum Ausdruck. Bürgermeister Scholz gab zu, daß die Verhältnisse im Arbeitsnachweis in der Gormannstraße unzulänglich seien, und daß beschleunigt für Abhilfe gesorgt werden müsse. Außer einer provisorischen Lösung für eine Uebergangszeit wird sich die Einrichtung eines neuen Arbeitsnachweisgebäudes nicht umgehen lassen. Für die übrigen Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion sicherte Bürgermeister Scholz zu, daß der Magistrat im Sinne des an ihn gerichteten Schreibens alles tun werde, um die

Durchführung weiterer Notstandsarbeiten

so vorzubereiten, daß keine Verzögerung entsteht. Allerdings müsse damit gerechnet werden, daß sowohl für die Notstandsarbeiten wie auch für die Wohlfahrtsausgaben weitere Geldmittel von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt werden müßten. Allein die **Ausgaben für Wohlfahrtszwecke werden sich um mindestens 12 Millionen Mark erhöhen.** Ein Notstandsprogramm der zentralen Tiefbauverwaltung sieht weitere Arbeit in der Höhe von 12 Millionen Mark vor. Die Bezirke und städtischen Dienststellen sind vom Magistrat aufgefordert bis zum 20. Juli alle Projekte einzureichen, die für weitere Notstandsarbeiten in Betracht kommen. Die Verhandlungen für die Hochbahnanleihe sollen beschleunigt werden. Aber auch die Stadt wird ohne die Aufnahme von Anleihemittel kaum auskommen können. Hoffentlich werden ihr dabei nicht von den Aufsichtsbehörden die üblichen Schwierigkeiten gemacht, unter denen sie bisher hat leiden müssen. Nach dem Ergebnis dieser Besprechung wird man hoffentlich damit rechnen können, daß der Magistrat und alle städtischen Bureaus sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind und jede Verzögerung der Arbeiten unterbleibt.

Das Ende einer Kupplerin.

Zwei Selbstmordversuche.

Zwei Selbstmordversuche, die in den letzten Tagen gemacht wurden, enthüllten die Tragödie eines jungen Mädchens, das einer Kupplerin in die Hände gefallen war.

Seit etwa 14 Tagen beobachteten die Beamten der Fahndungsinspektion eine Frau in mittleren Jahren und ein etwa 16 Jahre altes Mädchen, die gemeinsam in den Cafés des Westens und des Potsdamer Platzes Herrenbekanntschaften suchten. Beide wurden festgenommen, ernstlich verwarnt und wieder freigelassen. Die Frau legte sich den Namen einer Frau M. aus der Kyffhäuserstraße bei. Es ergab sich, daß der Frau M. vor etwa zwei Monaten die Ausweispapiere abhanden gekommen waren. Sie waren einer 36 Jahre alten Stickerin Berta Grampcietiewz aus der Höchste Straße in die Hände gefallen, die sie zu ihren unsauberen Zwecken benutzte. Nach der Verwarnung war das Mädchen auf jede Weise bemüht, sich dem Einfluß der Kupplerin zu entziehen. Diese war aber nicht gewillt, auf ihr Opfer zu verzichten, und setzte alle Hebel in Bewegung, um es wieder einzufangen und Nutzen aus ihm zu ziehen. Sie versuchte es zuerst mit einer Verleumdung bei dem Vater des Mädchens. Der Mann ist Witwer und durch seinen Beruf so stark in Anspruch genommen, daß er sich nur wenig um seine Tochter kümmern kann. Trotzdem glaubte er den Anschuldigungen der G. nicht und wies ihr die Tür. Jetzt benachrichtigte am vergangenen Sonnabendabend die G. unter ihrem richtigen Namen einen Kriminalbeamten auf dem Potsdamer Platz davon, daß das junge Mädchen im Café „Vaterland" sei und wahrscheinlich wieder auf Männerfang ausgehe. Der Beamte, der von den früheren Vorgängen nichts wußte, betrat das Café, um nach dem Mädchen zu sehen. Als dieses ihn in Begleitung der G. kommen sah, ergriff sie ein solcher Schrecken, daß sie blindlings von dem Balkon im ersten Stock auf die Straße hinabsprang, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb. Sie wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht. Als sie hier vernommen wurde, verweigerte sie jede Aussage. Die G., der Kriminalsekretär Wild bei der Vernehmung die Kuppelei einer Minderjährigen auf den Kopf zusagte, blieb nach wie vor dabei, daß sie Frau M. sei. Eine Gegenüberstellung der beiden Frauen sollte ihr den Betrug nachweisen. Sie verstand es aber, vorher zu flüchten. Gestern teilte sie in einem Briefe der Kriminalpolizei mit, daß sie sich „aus Reue" das Leben nehmen werde. Bald darauf sahen Schupobeamte an der Von-der-Heydt-Brücke eine Frau ins Wasser springen, konnten sie aber wieder herausholen. Die Besinnungslose wurde in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht und wird von dort aus dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Arbeiter! Angestellte!

Besucht am **Sonntag, den 25. Juli, mittags 12 Uhr, im Lustgarten** die

Kundgebung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin. — Allgem. freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Die Hundesteuererhöhung genehmigt.

Die für Berlin von den Gemeindebehörden für nötig gehaltene Erhöhung der Hundesteuer, die im Zusammenhang mit der Festsetzung des Haushaltsplans für 1926 beschlossen wurde, ist jetzt vom Oberpräsidenten genehmigt worden. Die neuen Steuersätze gelten vom 1. Juli ab und betragen vierteljährlich für den ersten Hund 15 M., für den zweiten Hund 30 M., für den dritten Hund 45 M., für den vierten und jeden weiteren Hund 60 M. Der Unterschied zwischen dem früheren Satz und dem neuen ist für das Vierteljahr Juli/September bei den zuständigen Steuerkassen bis 10. August einzuzahlen. Eine besondere Zahlungsaufforderung geht den Steuerpflichtigen nicht mehr zu. Neue Milderungsbestimmungen sind, daß für kinderlose Ehepaare über 50 Jahre und für alleinstehende Personen über 50 Jahre, die ein Jahreseinkommen unter 1200 M. haben, und für Schwerhörige, die einen Hund halten müssen, auf Antrag die Steuer auf ein Fünftel ermäßigt wird.

Die Magdeburger Mordaffären.

„Er arbeitet nicht mit Berliner Kriminalbeamten."

Magdeburg, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Magdeburger Kriminalkommissar Tenholt droht in der Presse, gegen seine Widersacher im Klageweg vorzugehen, da gegen ihn mit Intrigen gearbeitet werde. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Kölling, erklärt, er arbeite nicht mit den Berliner Kriminalbeamten zusammen, vor allem nicht mit Herrn Bußdorf. Bußdorf habe den Chauffeur Große verhaftet, gegen den gar nichts vorliege. Das Material gegen Rudolf Haas wird, wie Dr. Kölling erklärte, jetzt erst geprüft; die Untersuchung befinde sich erst im Anfangsstadium. Dabei sitzt Haas schon wochenlang in Untersuchungshaft.

Was für Dinge bei der Untersuchung möglich sind, zeigt folgender Vorfall: Am Sonntag ließ der Untersuchungsrichter einige von Schröder benannte Zeugen aus Rottmersleben dem Rudolf Haas gegenüberstellen. Mit diesen Zeugen konnte sich Schröder auf dem Gang des Gerichtsgebäudes ungestört unterhalten; niemand hinderte ihn daran. Alle diese Zeugen

erklären nachher, sie hätten Haas ganz bestimmt im vorigen Jahre in Groß-Rottmersleben gesehen. Haas dagegen behauptet, niemals in Groß-Rottmersleben gewesen zu sein. Bei der Gegenüberstellung erklärte Haas, er kenne Schröder nicht, während dieser aufs bestimmteste versicherte, Haas sei der Mann, um den es sich handele. Sei er es nicht, dann müsse er einen Doppelgänger haben. — Der Chef der Landeskriminalpolizei, Regierungsdirektor Weiß-Berlin, wird sich heute nach Magdeburg begeben, um dort mit den zuständigen Behörden die bei der Untersuchung der Mordaffäre Schröder entstandenen Differenzen zu klären. Den Verhandlungen wird auf Anregung des preußischen Innenministeriums auch ein Vertreter des Justizministeriums beiwohnen.

Vollstreckung eines Todesurteils. Mit dem Fallbeil wurde am Montag vormittag um 6 Uhr im Hofe des Nürnberger Gefängnisses der 38 Jahre alte Landwirt Johann Lechner aus Poppenreuth bei Fürth hingerichtet. Er hatte, um in den Besitz des großen väterlichen Gutes zu gelangen, am Morgen des 7. Juli 1925 seinen 64 Jahre alten Vater mit einer Schlinge erdrosselt.

Der seltsame Juwelendiebstahl bei dem in Binz weilenden Berliner Schriftsteller Erdmann soll jetzt durch die Festnahme eines vorbestraften Fassadenkletterers, des Seemannes Otto Frank durch die Stettiner Kriminalpolizei aufgeklärt worden sein. Dem Verhafteten, der angeblich ein Geständnis über die Einzelheiten der Tat abgelegt hat, sollen bereits zwei weitere Einsteigediebstähle in Sellin und Binz nachgewiesen worden sein. Es ist seltsamerweise aber noch immer nicht gelungen, festzustellen, wo sich das Diebesgut eigentlich befindet.

Aus der Partei.

Der Stadtverordnetenvorsteher von Chemnitz, Gen. Straube, ist an einem Schlaganfall plötzlich verschieden. Genosse Straube ist 60 Jahre alt geworden. Seit dem Jahre 1905 war er als Arbeitersekretär in Chemnitz angestellt worden und stand immer in vorderster Linie der Bewegung. Er war auch einer der dienstältesten Stadtverordneten der Partei in Chemnitz. Die Parteiorganisation verliert in ihm einen sachkundigen Vertreter ihrer Grundsätze im Stadtparlament. Der Parteivorstand hat den Chemnitzer Parteigenossen telegraphisch sein Beileid ausgesprochen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

9. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, den 22. Juli. Treffpunkt der Frauen und Kinderfreunde zum Ausflug nachmittags 3 Uhr am Schmargendorfer Bahnhof. Kaffeekochen im Volkspark Grunewald, Ecke Hubertusbader und Reinerzstraße.

16. Abt. Dampferfahrt nach Ferch am Schwielowsee. Karten zum Preise von 1,60 M. sind zu haben beim Genossen Radike, Neue Hochstr. 32—34. Genossinnen und Genossen der benachbarten Abteilungen sind freundlichst eingeladen.

Königs-Wusterhausen-Zepernick. Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal von Bassener Zahlabend. Gäste können eingeführt werden.

Jungsozialisten. Heute, Mittwoch, den 21. Juli:

Gruppe Tiergarten: 7½ Uhr Gruppenzusammenkunft. Treffpunkt Stadtbahnhof Bellevue. Juni- und Juliheste werden an diesem Abend ausgegeben.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

16. Abt. Am 18. Juli verstarb unser Genosse, der Kaufmann Magnus Kahnemann, Flensburger Str. 19a. Einäscherung heute, Mittwoch, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir erwarten rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Mittwoch, den 21. Juli, abends 7½ Uhr:

Achtung, Abteilungskassierer! Heute von 5—7 Uhr Abrechnung. — **Wedding:** Schule Müllerstr. 6. Vortrag: „Aufgaben der Parlamente". — **Helmholtzplatz:** Schule Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Sexuelle Fragen". — **Boxhagenplatz:** Jugendheim Rigaer Str. 102. Vortrag: „Körperbildung — Nacktkultur". — **Südost (Reichenberger Viertel):** Jugendheim Reichenberger Str. 66. Vortrag: „Körperkultur". — **Neu-Lichtenberg:** Pestalozzi-Lyzeum. Vortrag: „Urgeschichte der Menschen und Tiere". — **Pankow:** Werbeabend Punkt ½8 Uhr auf der Spielwiese. Musikinstrumente unbedingt mitbringen.

Werbebezirk Kreuzberg: Jugendheim Reichenberger Str. 66. Werbebezirksvorstandssitzung. Wichtige Tagesordnung. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Wegen Chausseearbeiten müssen Kreise, die am Sonntag per Auto nach Wandlitz fahren, die Chausseen über Reinickendorf, Rosenthal, Schildow, Mühlenbeck, Summt, Zühlsdorf oder Mühlenbeck, Schönwalde, Basdorf benutzen. — **Tiergarten:** Do., d. 22. Juli, 7½ Uhr Abt. Beusselstraße, Ausmarsch Kameradschaft Westen. Turnen fällt bis 19. August aus. — **Kreuzberg:** Mi., d. 21. Juli, abends 8 Uhr, Sitzung der Funktionäre mit erweitertem Kreisvorstand bei Reim, Urbanstr. 20. Materialausgabe zur Verfassungsfeier. — **Lichtenberg nebst Untergruppen:** Do., d. 22., abends 7½ Uhr, Abmarsch von Paul Werner, Wilhelmstr. 3, durch Lichtenberg und Friedrichsfelde. Spielmannszug und Fahne gehen mit.

Freie Hochschule. Mittwoch, 21. Juli, 8 Uhr, Sophienschule, Weinmeisterstraße 16—17 spricht Dr. Stalbe über „Goethe und die Liebe". Gäste haben Zutritt.

Volkschor Südosten. Mitgl. d. DASB. Am Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, veranstaltet der Volkschor Südosten auf der Freilichtbühne am Rodelberg im neu eröffneten Volkspark Wuhlheide ein Platzkonzert. Zum Vortrag gelangen: Männerchöre, Gemischte Chöre.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.). Zunächst wolkig und Regenfälle, später aufheiternd und ziemlich kühl. — **Für Deutschland:** In Ost- und Westdeutschland aufheiternd, Mitteldeutschland trübe und Regenfälle. Von West nach Ost fortschreitende Erwärmung.

Funk-Winkel

Der Abend brachte eine Gedenkfeier für Reinhard Johannes Sorge, der als 24jähriger vor zehn Jahren an der Somme fiel. Mit ihm ging wohl eines der stärksten jungen Dichtertalente dahin, die ja zahlreicher, als die große Menge es noch ahnt, der unselige Krieg verschlang. Leider war Dr. Max Freyhahn ein allzu subjektiver Ausdeuter Sorges. Die religiöse Wandlung des sehr Jungen, der vom Schüler Nietzsches zum ekstatischen Bekenner katholischen Christentums wurde, schien Dr. Freyhahn Vollendung und Vollziehung — statt Etappe auf einem Wege zur Erkenntnis. Vielleicht war es sogar nur eine Ruhepause, die Sorge hier in sein rastloses Suchen einschaltete. Denn ist auch die Sprache dieser späteren Dichtung naturgemäß reicher und beschwingter, das Erstlingswerk des 19jährigen, den „Bettler" erreichen sie weder in der Kraft des Ausdrucks noch in der Kraft der viel ahnenden Sehnsucht. Leider aber kam dieser verheißungsvolle Jüngling — verheißungsvoll als dramatischer Dichter auf neuen Wegen wie als Mensch — weder in dem Vortrag Dr. Freyhahns noch in den Rezitationen Leo Menches, die ausschließlich Werke der zweiten Epoche brachten, zur Geltung. Der Nachmittag bot mit „alter Musik", ausgeführt von Sela Trau (Cello), Max Roßtal (Geige) und Erwin Bodky (Klavier) ein geschmackvolles und mit wenigen Ausnahmen auch für den modernen Menschen recht hörenswertes Programm. Der instruktive Vortrag, den Ministerialrat Dr. Fritz Cohn über den Regierungsapparat in Preußen hielt, war zu loben, dagegen krankten die Ausführungen Dr. Reinhold Krügers über „Volkswirtschaft und Leibesübungen" an einer kurzsichtigen Einseitigkeit.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 21. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

5—6.30 Uhr nachm.: Drittes Kinderfest. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. **7 Uhr** abends: Gartendirektor Ludwig Lesser: „Rundschau für Blumen- und Gartenfreunde (Beratung in einem Landhausgarten)". **7.25 Uhr** abends: Dr. Albert Ullmann: „Die gesundheitsgemäße Bekleidung der Frau im Sommer". **7.55 Uhr** abends: Dr. Robert Werner Schulte: „Eignung und Ausbildung zum Kampfrichter". **8.30 Uhr** abends: Knut-Hamsun-Abend. Einleitende Worte (Gerhard Pohl), Aus Hamsuns Werken (Maria Fein, Rezitation). **9.30 Uhr** abends: Im Walde, Sinfonie für großes Orchester, op. 153, Nr 3, F-Dur, von Joachim Raff. 1. Am Tage. Allegro (Eindruck und Empfindungen). 2. In der Dämmerung. Largo. Allegro assai (Tanz der Dryaden). 3. Nachts. Allegro. Stilles Weben der Nacht im Walde. Einzug und Auszug der wilden Jagd mit Frau Holle und Wotan. Anbruch des Tages. Berliner Funkorchester. Dirigent: Dr. W. Buschkötter. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 21. Juli.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Lektor Grander u. Valinski: Französisch für Schüler. **3—3.30 Uhr** nachm.: Stud.-Rat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr** nachm.: Stud.-Rat Friebel u. Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. **4 bis 4.30 Uhr** nachm.: Ob.-Stud.-Rat Brunner: Der geschichtliche Hergang der Eindeutschung des Ostens und seine methodische Behandlung. **4.30—5 Uhr** nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. **5—5.30 Uhr** nachm.: Anna von Gierke: Die Mitarbeit der Hausfrau in der öffentlichen Wohlfahrtspflege. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung aus Berlin.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Dienstag, den 20. Juli.

1. Rennen. 1. Grazie (Wuthe), 2. Falter (W. Schmidt), 3. Schirmherr (O. Zachmann). Toto: 28:10. Platz: 13, 15, 34:10. Ferner liefen: Wolkenschieber, Trabant, Chalzit, Lall.

2. Rennen. 1. Lemmel (v. Borke), 2. Friedchen (Staudinger), 3. Tippel (Dr. Schnitzer). Toto: 44:10. Platz: 16, 15, 20:10. Ferner liefen: Ma Berthe, Ravenna, Trompeter, Venus IV.

3. Rennen. 1. Malachit (E. Eichhorn), 2. Fritz Fromm (Wüschen), 3. Norita (K. Edler). Toto: 28:10. Platz: 13, 12:10. Ferner liefen: Fastnacht, Quednau.

4. Rennen. 1. Winterweide (K. Edler), 2. Antilope (Hauser), 3. Humor (Thalecke). Toto: 77:10. Platz: 23, 21, 40:10. Ferner liefen: Diani, Mathe, Rheinland, Münzmeister, Immelmann, Oddrun.

5. Rennen. 1. Tasso II (Hauser), 2. Willa (Kukulies), 3. Sandhale (Bismark). Toto: 84:10. Platz: 15, 13, 12:10. Ferner liefen: Verdandi, Karissima, Balid, Böslau.

6. Rennen. 1. Almeido (Hauser), 2. Calderon (Oertel), 3. Frechdachs (Walt. Heuer). Toto: 57:10. Platz: 19, 18, 21:10. Ferner liefen: Formint, Famos, Myron, Basko, Lancado, Fontos, Udino.

7. Rennen. 1. Veleda (v. Keller), 2. Sarazener (Lt. Jab), 3. Rinaldo (Hr. Goldberg). Toto: 81:10. Platz: 20, 15, 17:10. Ferner liefen: Per Dark, Chiemgauerin, Venezianerin, Balon, Alamund.

Die heutige Abendveranstaltung der Rütt-Arena wird im internationalen „Omnium" an Stelle des erkrankten Lorenz den Breslauer Knappe sehen. Im „Stundenrennen hinter Zweisitzerführung" werden die drei „Obermanagers" Oskar Peter (für Schrage), Aberger (für Fricke) und Willy Arend (für Buschenhagen) dafür sorgen, daß die Ablösungen der Führungstandems tadellos klappen. Für Schrage machen Behrendt-Longardt, Krahner-Techmer, Kolles-Streubühr und Hoffmann-Otto Tietz, für Fricke Henry Mayer-Steinbach, A. Meyer-W. Krüger, Raujokat-Zimmermann und Münzner-A. Bauer, für Buschenhagen Vinzelberg-Weber, Freiwald-Linsener, Schönborn-Schulz und Stolz-Abraham „Schritt". — Die 14 Tandem-Mannschaften kämpfen ferner im „Büchner-Seidl-Preis" über 30 Runden um den Sieg, während den Amateuren ein Zeitfahren über eine Runde und die „3 Deutsche Meile" vorbehalten bleibt.

Kruschen-Salz erhält die Gesundheit und reinigt das Blut.
Kruschen-Salz hält Leber und Nieren in guter Ordnung.
Kruschen-Salz sorgt für gutes Funktionieren des Stoffwechsels.
Kruschen-Salz verhindert Ablagerungen und Schlacken, deren Folgen **Rheumatismus, Gicht, Ischias** sind.
Kruschen-Salz fördert die Verdauung und hält den Magen stets in guter Funktion.
Kruschen-Salz wirkt belebend und erfrischend auf den gesamten Organismus.

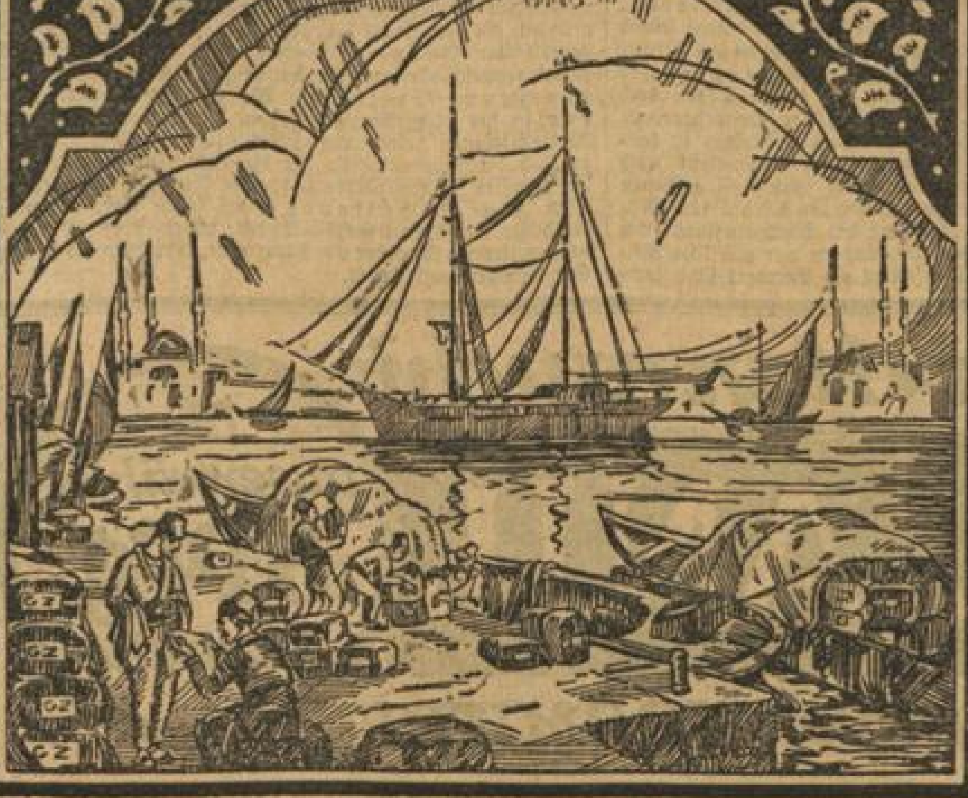
Deshalb nehmen Sie jeden Morgen eine kleine Messerspitze voll **Kruschen-Salz** in warmem Wasser, Kaffee oder Tee (nicht zu schmecken). Sie werden sich wohl fühlen. **Kruschen-Salz** wird Ihnen Energie und Lebensfreude verschaffen.

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 3,— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39, Pankstr. 13-14

Lucy Doraine 5 Pf



In endloser Reihe
bringen die Lastkähne die Tabakballen zur Verladung. In Eisenbahnzügen gelangt der Rohtabak in unsere Lager und harrt der Verarbeitung. In diesem Großbezug liegt das Geheimnis unserer stets gleichbleibenden Erzeugnisse

Zigaretten-Fabrik G. Zuban

Eine verpaßte Gelegenheit.

Zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag.

Das amtliche Kommuniqué zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag meint, dieser Vertrag werde wesentlich dazu beitragen, „die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz zu festigen". Diese Auffassung scheint uns durchaus nicht zutreffend zu sein. Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag wird in der Tat nicht dazu dienen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz reger zu gestalten, den Handelsverkehr zwischen diesen beiden Ländern über den gegenwärtigen Zustand hinaus zu entwickeln, sondern tatsächlich fixiert dieser Vertrag nur den bestehenden Zustand. Die Gelegenheit, über den bestehenden Zustand hinaus lebhaftere Beziehungen zwischen den beiden Volkswirtschaften zu schaffen, ist gründlich verpaßt worden.

Der Vertrag mit der Schweiz ist ein üblicher Meistbegünstigungvertrag, das heißt, die einleitenden Paragraphen stellen fest, daß Deutschland und die Schweiz keinerlei Maßnahmen treffen werden, die die Angehörigen eines der beiden Länder schlechter stellen als die Angehörigen der meistbegünstigten Nationen. Ausgenommen davon ist nur der Fall von Verpflichtungen, die auf Grund einer Zollvereinigung von einem der vertragschließenden Teile gegenwärtig oder künftig eingegangen werden sollten. Damit dürfte sich Deutschland handelspolitisch die Möglichkeit geschaffen haben, unter Umständen in engere Beziehungen von der Art einer Zollunion mit seinen Nachbarstaaten, vor allem mit Deutsch-Oesterreich, einzutreten. Insofern enthält der deutsch-schweizerische Handelsvertrag eine überaus wichtige Bestimmung. Recht ungünstig sieht es aber mit den

gegenseitigen Zollzugeständnissen

aus. Die Listen, die dem Handelsvertrage beigefügt sind, und die die Bestimmungen über die Höhe der Zölle für die einzelnen Waren und Warengruppen enthalten, sind sehr lang; aber sie sind Listen des gegenseitigen Mißtrauens und nicht Listen, die zeigen könnten, daß den vertragschließenden Parteien daran gelegen wäre, durch Zollermäßigungen zu größerer Lebhaftigkeit des wirtschaftlichen Austausches zwischen den beiden Ländern zu gelangen. Der größte Teil der dort festgelegten Zollsätze ist bereits anderwärts festgelegt, sei es in Handelsverträgen mit anderen Nationen, sei es in den autonomen Tarifen selbst. Statt eines wirksamen Abbaues der Zollmauern hat man sich nur gegenseitig die Zusicherung gegeben, die

Zollmauern nicht noch weiter zu erhöhen.

Als seinerzeit die Reichsregierung die übermäßig hohen Zollsätze des Zolltarifgesetzes von 1925 zu verteidigen hatte, sprach sie sehr viel von der handelspolitischen Bedeutung der Zölle und von der Notwendigkeit, für die Handelsvertragsverhandlungen Zölle zur Verfügung zu haben, die man abbauen könne. **Bisher ist es mit diesem Zollabbau nicht sehr weit gediehen,** und fast an keinem Punkte hat der Zollabbau dahin geführt, auch nur die Vorkriegssätze wieder einzuführen. So sind auch im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag selbst in den Fällen, in denen die Zölle ermäßigt wurden, noch immer Sätze beibehalten worden, die die von 1914 um das Mehrfache übertreffen. Dem entspricht es völlig, daß auch die schweizerischen Zugeständnisse in verhältnismäßig engem Rahmen sich halten. Auch sie geben der deutschen Ausfuhr nicht die Möglichkeit einer irgendwie bemerkenswert stärkeren Entwicklung über den gegenwärtigen Stand hinaus.

Jeder Handelsvertrag hat seine Eigenart. Beinahe in jedem Falle gibt es irgendeinen Punkt, bei dem eine kleine deutsche Interessengruppe so hartnäckig bleibt und sich mit Hilfe ihrer politischen Verbindungen einen so großen Einfluß zu sichern versteht, daß um ihretwellen der Bereich und die Wirkung des Vertrages unverhältnismäßig herabgemindert werden. Bei Spanien, Italien und Frankreich war es der Weinbau, im Handelsvertrag mit Schweden waren es die Zölle auf Edelstahl, in dem Vertrag mit der Schweiz ist es der sogenannte Stickereiveredelungsverkehr. Seit Jahrzehnten war es üblich, daß deutsche und schweizer Betriebe sich hier in die Arbeit teilten. Die Rohstoffe (Rohgewebe) kommen vielfach aus anderen Ländern, werden in Deutschland weiter verarbeitet, gehen dann in die Schweiz zur Fertigstellung und kamen dann aus der Schweiz nach Deutschland zollfrei zurück im Rahmen des sogenannten Veredelungsverkehrs. Die Ware war durch die Bearbeitung in Deutschland zu deutscher Ware geworden und wurde auch weiterhin, trotz der schweizerischen Veredelungsarbeit, als deutsche Ware betrachtet, so daß sie zollfrei blieb. Dieser Zustand wurde von den deutschen Stickereikreisen naturgemäß als eine Durchbrechung ihres Zollschutzes betrachtet, und es ist ihnen jetzt gelungen, aus dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag

den zollfreien Stickereiveredelungsverkehr auszuschalten.

Dies hat naturgemäß insbesondere die Wirkung gehabt, daß die Schweiz in ihren Zugeständnissen an den deutschen Export außerordentlich zurückhaltend war. Mit einem Partner, der in dieser Weise alte Geschäftsgewohnheiten aufgibt, ist man nicht gewillt, außerordentlich große Geschäfte zu machen. So kam es, daß der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ein Werk konservativer Handelspolitik geworden ist. Er dient nicht den Exportinteressen der deutschen Wirtschaft, die Besseres hätte erwarten dürfen, und er fügt sich in den Rahmen der bisherigen Handelsvertragspolitik, mit deren Ergebnissen niemand zufrieden ist. Die übermäßigen Zollsteigerungen des Vorjahres sind handelspolitisch erfolglos gewesen und haben nur den kartellierten deutschen Industrien übermäßige Gewinne ermöglicht. Sie haben nur dazu gedient, schwachen Betrieben, die zufällig das Glück hatten, einen guten Zoll zu bekommen, Lebensfähigkeit zu ermöglichen, während an sich bessere Betriebe, denen die deutsche Handelspolitik die Auslandsmärkte nicht zu öffnen verstand, der Krise erliegen mußten. So haben der Zolltarif und die Handelspolitik des Schutzzolles die Rationalisierung des Wirtschaftslebens gehemmt und auch hier schon wieder zu volkswirtschaftlichen Fehlleitungen geführt.

Die Ruhrindustrie verdient.

Folgen des englischen Kohlenstreiks.

Aus Essen drahtet unser Korrespondent:

Von schwerindustrieller Seite werden nach nahezu elfwöchiger Dauer des englischen Bergarbeiterstreiks die Auswirkungen dieser größten Krise der englischen Wirtschaftsgeschichte auf die Lage der Ruhrindustrie noch immer als unwesentlich und vorübergehend dargestellt. Dieser mehr subjektiven Beurteilung der Konjunkturentwicklung der rheinisch-westfälischen Industrie, die sich zurzeit erheblicher Steigerung der Auftragseingänge und der Vorteile der bereits erfolgten Durchführung des größten Teiles ihres Rationalisierungsprogramms erfreut, liegen bestimmte Tendenzen zugrunde. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat die lebhafte Geschäftstätigkeit im laufenden Monat weiter zugenommen. Namentlich in den letzten Tagen haben bei dem Ruhrkohlensyndikat Nachfrage und Abschlußtätigkeit wieder eine starke Zunahme erfahren. Da mit einer Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks allem Anschein nach so bald noch nicht zu rechnen ist, kommen auch langfristige Abschlüsse an Ruhrkohle in weit größerem Umfange als zuvor zustande. Die arbeitstägliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat in den letzten Tagen wieder ansehnlich zugenommen und an einem Tage mit rund 390000 Tonnen die arbeitstägliche Förderung des Jahres 1913 überschritten.

Die finanziellen Ergebnisse der Zechen haben eine erhebliche Besserung erfahren. Der katastrophale Rückgang der englischen Eisen- und Stahlerzeugung infolge des durch den Streik bewirkten Kohlenmangels hat eine beträchtliche Steigerung der deutschen Eisenausfuhr zur Folge gehabt. Gleichzeitig haben die Exportpreise bedeutend angezogen. Alles in allem hat die Ruhrindustrie aus der fast dreimonatigen Dauer des englischen Bergarbeiterstreiks sehr erhebliche Vorteile ziehen können.

Kritisches Stadium für die Kunstseidenindustrie.

Ob die Kunstseidenindustrie der Welt schon übergründet ist, ist weniger für die Zukunft der Kunstseide selbst, als der Kunstseidenindustrie eine sehr ernste Frage. Wie immer in solchen Fällen hätte man dann mit internationalen Großfusionen und Syndikaten zu rechnen, für deren Möglichkeit kürzlich unser Artikel „Kunstseide und ihre Zukunft" einige wichtige Anhaltspunkte gab. Ein wichtiges Merkmal ist ferner die Entwicklung der Preise, für die bisher sichere Anhaltspunkte fehlten. Für die größte Kunstseidegesellschaft Amerikas, die Viskose Co., werden die Preise vom „Allgemeen Handelsblad" für die Zeit von 1913 bis zum Juli dieses Jahres veröffentlicht. Für erste und zweite Qualität in zwei Nummern zeigt sich dabei, daß die Preise für ein englisches Pfund Kunstseide von 1913 bis Februar 1920 ununterbrochen gestiegen sind, und zwar im Durchschnitt auf das Drei- und Vierfache. Vom Höchstpunkt 1920 sanken sie bis 1926 wieder ununterbrochen ab und haben im Juli 1926 den Stand von 1913 erheblich unterschritten. Das ist doppelt bemerkenswert angesichts der Tatsache, daß Amerika auf Kunstseide heute einen Wertzoll von 45 Proz. erhebt, der die Preise hochhalten müßte, und daß das allgemeine Preisniveau Amerikas gegenüber 1913 um mindestens 50 Proz. gestiegen ist. Aus der Preisentwicklung darf man also schließen, daß der Konkurrenzdruck in Kunstseide sehr stark ist.

Beachtlich für die Frage, ob die Rentabilität der Kunstseidenindustrie durch Ueberkonkurrenz vielleicht schon in die Gefahrenzone gekommen ist, ist ein anderes Moment, das aus England berichtet wird. Die Courtauldgesellschaft hatte zum 1. Juli die Herabsetzung ihrer Preise um 10 Proz. angekündigt. Kurz darauf aber wurde die Herabsetzung der Interimsdividende von 7½ auf 6¼ Proz. angekündigt, was für die Courtauldsaktien auf der Börse einen Sturz um 15 Proz. zur Folge hatte. Im vorigen Jahre hatte die Courtauldgesellschaft noch mit einem Rekordgewinn geschlossen. In dem Zusammentreffen von Preisermäßigung und Dividendenkürzung erblickte die Londoner Finanzwelt wohl mit Recht ein Symptom für die Zuspitzung der Lage in der Kunstseidenindustrie, und man wird auch die Lage bei der Courtauldgesellschaft als Zeichen dafür ansehen können, daß Kapitalisierung, Produktion und Absatz in der Kunstseidenindustrie in ein kritisches Stadium getreten sind.

Die Reichsbank in der dritten Juliwoche. Die Reichsbank verzeichnet am Ende der zweiten Juliwoche den niedrigsten Wechselbestand für das Jahr 1926 überhaupt. Die Bestände an Wechseln und Schecks gingen gegen die Vorwoche um 80,6 auf 1192,5 Millionen zurück. Der absolute Bestand an Wechseln und Schecks lag im Jahre 1926 zwar zweimal tiefer: am 22. Mai mit 1175 und am 23. April mit 1161 Millionen; jedoch waren an diesen beiden Tagen 149 bzw. 264 Millionen bei öffentlichen Stellen begebene Reichsbankwechsel hinzuzuzählen, so daß das Gesamtportefeuille der Reichsbank an diesen Tagen doch erheblich höher lag als am 15. Juli. Heute fehlen weiterbegebene Wechsel im Ausweis der Reichsbank ganz. Zum mindesten ist deshalb festzustellen, daß die Inanspruchnahme der Reichsbank auch durch die vierte diesjährige Diskontherabsetzung noch nicht gestiegen ist. — Die Lombardbestände der Reichsbank sind um 5,2 auf 12,9 Millionen gewachsen, so daß der Rückgang der Wechselbestände sich nicht voll in der Kapitalanlage auswirkte, sondern nur mit 75,4 Millionen Mark. Zum erstenmal erscheint ein Vermerk über lombardierte Reichsschatzwechsel. Geschäfte in Reichsschatzwechseln nach dem Gesetz vom 8. Juli 1926 sind in dieser Woche noch nicht vorgenommen worden. Im Ausweis selbst werden die Reichsschatzwechsel an zwei Stellen aufgeführt: einmal neben den Wechseln und Schecks als „Bestand an Reichsschatzwechseln", dann unter den Lombardforderungen als „Darlehen auf Reichsschatzwechsel". Die Guthaben der Reichsbankkunden sind um 126,1 auf 705,6 Mill. erhöht, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 8,9 Mill auf 335,4 Mill. gesenkt. Die Veränderungen kommen im Umlauf der Reichsbanknoten und Rentenbankscheine zum Ausdruck: Der Umlauf ging insgesamt um 191,2 auf 4020,3 Mill. zurück, davon 2738,1 Mill. Reichsbanknoten und 1282,2 Mill. Rentenbankscheine. Die Goldbestände sind mit 1492,3 Mill. fast unverändert; die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen stieg von 63,5 auf 66,8 Proz.

Ruhrgebiet und englischer Bergarbeiterstreik. In der Entwicklung des Absatzes von Ruhrkohlen werden die Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks deutlich erkennbar. Die Lagerbestände an Kohlen beliefen sich auf 8 160 000 Tonnen gegen 8 700 000 Tonnen im Maj und 9,6 Mill. Tonnen am 1. Mai. Seit Beginn des Bergarbeiterstreiks in England haben die Gesamtbestände um 1,4 Mill. Tonnen abgenommen. Die Koksbestände haben in derselben Zeit etwas zugenommen.

Muratti-Dividende wieder 21 Proz. Die Berliner Zigaretten-Muratti-A.-G. verteilt auch für dieses Jahr wieder ihre Vorjahrsdividende von 21 Proz. Die Bilanz ist mehr als glänzend. Kasse und Bankguthaben sind mit 1,04 Mill. über doppelt so hoch als das Aktienkapital (500 000 M.). Sie sind gegen das Vorjahr (0,66 Mill.) auch um rund 40 Proz. gestiegen. Die Warenbestände sind mit 1,64 gegen 0,91 Mill. um mehr als 70 Proz. erhöht. Dagegen sind die Lieferantenschulden nur von 0,53 auf 0,74 Mill. und die Forderungen aus dem laufenden Geschäft von 0,65 auf 0,74 Mill. erhöht. Die Vermehrung der Bankguthaben und Bestände ist also fast ausschließlich aus dem Mehrverdienst geflossen, so daß die Vermehrung des Vermögens und die Erweiterung der Produktion aus der Steigerung des Absatzes zu erklären sind. Tatsächlich meldet der Geschäftsbericht eine verstärkte Zunahme des Absatzes auch im letzten Jahr. Dasselbe läßt die Erhöhung des Fabrikationsgewinnes von 1,92 auf 2,35 Mill. erkennen. Der ausgewiesene Reingewinn von 107 000 M. wurde künstlich niedrig gehalten, wie sich aus der Erhöhung der Abschreibungen um 50 Proz. (0,24 gegen 0,16 Mill.) und aus der „über Betrieb" erfolgten Errichtung neuer Fabrikläger und dem Ausbau der alten ergibt. Natürlich ist der glänzende Abschluß nicht dem Ruf der Muratti-Marken allein zu danken. Man wird annehmen dürfen, daß das außerordentlich niedrige Aktienkapital (weniger als die Hälfte der Bankguthaben und als ein Drittel der fertigen Waren!) außerordentlich zu dem finanziellen Erfolge beigetragen hat. Außerdem stellt die Steuerfundung des Staates mit nicht weniger als 1,55 Mill. (Vorjahr nur 0,86 Mill.) ein mächtiges Betriebskapital fast kostenlos zur Verfügung, wovon die glänzend absetzende Muratti-A.-G. im Gegensatz zu anderen Firmen natürlich besonders stark profitiert.

Fusion in der Klavierindustrie. Die deutsche Klavier- und Pianoforteindustrie ist in den letzten Monaten ähnlich wie die optische und Teile der Maschinenindustrie durch Bemühungen hervorgetreten, durch Verkaufs- und Finanzierungsgemeinschaften ihre Lage zu erleichtern. Man wird die Fusion zwischen der Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann A.-G. Leipzig und der L. Hupfeld A.-G. Leipzig als erste bedeutsame Frucht dieser Annäherungen verbuchen dürfen. Die Hupfeld A.-G. geht in der Zimmermann A.-G. auf. Diese erhöht zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 1,3 Mill. Mark; auf 4 Hupfeldaktien wird eine Zimmermannaktie gegeben. Bei der Zimmermann A.-G. wird für 1925/26 eine Dividende von 10 Proz. erwartet. Die Gesamtfirma wird künftig heißen: „Leipziger Pianoforte- und Phonola-Fabriken Hupfeld-Gebr. Zimmermann A.-G."

Nicht Fürsten und Adel — die Masse tut es! Das mußte, wenn auch spät, auch die Firma F. W. Borchardt in der Französischen Straße begreifen, die jetzt Geschäftsaufsicht beantragt hat. Die seit über 70 Jahren bestehende Firma, die früher fast ausschließlich Hof-, Adels- und Großagrarierkreise beliefert hat, hat dem Boden der neuen wirtschaftlichen Tatsachen, auf dessen Ausnutzung sich ihre Kunden viel besser verstehen, allzuwenig vertraut. Noch jetzt liefert sie jährlich wohl für ein Drittel Millionen Mark an die feudalen Kreise; aber diese zahlen entweder überhaupt nicht, oder sehr spät. Die Wirtschaftskrise geht natürlich auch nicht spurlos an Firmen vorüber, zu denen sich ein Arbeiter oder kleiner Angestellter kaum verirren dürfte. So sitzt die Firma Borchardt, die kürzlich noch Preislisten mit 13 Wappen von „hohen und höchsten Herrschaften" versandte, heute fest. Sie hat Bank-, Lieferanten- und Steuerschulden für 800 000 M. Sie hat zwar wertvolle Grundstücke, Häuser und Lagerbestände, aber damit kann man drängende Lieferanten nicht bezahlen. Eine Erleichterung der Situation wurde schon versucht; es wurde eine erste Hypothek von 1,8 Millionen vor einigen Monaten aufgenommen und aus dem Erlös die höher verzinsliche Bankschuld abgedeckt. Den Gläubigern wird volle Befriedigung zugesichert, wenn sie auf eine langfristige Rückzahlung eingehen, zu deren Sicherstellung eine zweite Grundstückshypothek angeboten wird. Die Hauptgläubiger sollen, wie wir erfahren, schon zugestimmt haben. Der erfolgreichen Reorganisation dürften manche Wege offenstehen, da der Betrieb, der immerhin 250 Angestellte beschäftigt, sehr altväterlich geführt worden ist. Beabsichtigt ist insbesondere der Ausbau zum Filialsystem, um zu größeren laufenden Einnahmen zu kommen. Der Betrieb läuft weiter. Der Fall Borchardt ist charakteristisch dafür, in wie gefährlicher Weise gesellschaftliche und politische Voreingenommenheit den Blick für wirtschaftliche Realitäten trüben kann. Das macht den Fall Borchardt der öffentlichen Beachtung wert.

Ein englisches Baumwollgarn-Kartell. Dreißig der bedeutendsten Lancashire Baumwollfabriken haben soeben eine Gesellschaft gegründet, die den Zweck hat, sämtliche aus amerikanischer Baumwolle hergestellten Garne zu kontrollieren. Die finanzielle Macht der zusammengeschlossenen Fabriken beläuft sich auf zirka 55 Millionen Pfund Sterling. Die Gesellschaft wird Minimalpreise für solche Garne festsetzen. Zu diesem Zweck wird ein aus 20 Fabrikanten bestehendes Direktorium gebildet, welches von Zeit zu Zeit die Minimalpreise für die Standardgarne festsetzt, wodurch ein gewisses Mindestverdienst für die Fabriken gesichert werden soll. Auch ist ein Kampffonds gegen solche Spinnereien geschaffen, die dieser Gesellschaft nicht beitreten; gleichzeitig will die Gesellschaft, falls zu starkes Angebot am Markte ist, ihrerseits die überschießenden Garnmengen aufnehmen.

Man tanzt * Man singt * Man raucht

ANIL ANIL ANIL

Die auserwählte 5 Pfg Zigarette

Fox v. Hugo Hirsch * Text v. K. Alfredy * von KARMITRI

HM

Ein ungleiches Gespann.

2]

Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Berchtold.

Seit diesem Augenblick gehorchte er ihr willig aufs Wort, als wenn es sich so von selbst verstände. Er fand in ihr Mutter und Schwester und vor allem ein ordentliches Frauenzimmer, welches sich seiner nicht schämte. Solange er mit dem Ringelspiel herumzog, wollte kein Mädchen mit ihm Freundschaft schließen, er durfte sie nur von weiten anschwärmen, auch andere Menschen ließen ihn fühlen, daß sie mit solchem Zigeunerpack keinen vertrauten Umgang pflegen wollen. Agnes aber, seit dem Tage, als sie ihm versprach, für ihn zu sorgen, verkehrte zutraulich mit ihm und war augenscheinlich stolz darauf, daß es ihr gelungen war, etwas aus ihm zu machen. Er wurde vorerst Feldarbeiter um billigen Lohn, schließlich brachte er es auf mühseliges Betreiben der Agnes zum Fuhrmann, der mit einem Pferde für den Wirt die Bierfässer vom und zum Brauhause beförderte.

Aber diese schöne Stellung dauerte nur die drei Wintermonate hindurch. Einmal fügte der Franzi dem Wirt durch seine eingeborene Unbedachtsamkeit einen Schaden zu, worauf ihn der Wirt auf der Stelle entließ und ihm schreiend vorwarf, daß er sich von den Zigeunern nur durch seinen strohgelben Kopf und die aufgelegte Dummheit unterscheide.

So stand also der Franzi wieder erniedrigt und klagend im Winkel bei der Stalltür und Agnes half ihm diesmal auf wunderlich entschlossene Art.

„Weine nicht," sagte sie in beinahe befehlendem Tone, ihn fest bei der Hand packend. „Du gehst nicht allein von hier, ich gehe mit dir."

Er konnte nicht gleich begreifen. Ihr gegenseitiges Verhältnis war so eigentümlich, er wußte wohl, daß sie ihn immer beschützt hatte, aber von irgendeiner möglichen Vereinigung hatte sie niemals gesprochen und ihm war sie nie in den Sinn gekommen.

„Wohin denn?" flüsterte er verwirrt, sie so ergeben anblickend wie ein Kind seine treue Mutter.

„Wir gehen zu meiner Mutter in unser Häuschen," sagte sie mit etwas befangener Stimme, „wir werden schnell alles erledigen, damit wir baldigst verkündet und getraut werden und denn so Gott will werden wir uns schon auf irgendeine Weise ernähren. Der Mensch muß einen Mut haben und darf sich nicht von jedermann unter die Füße treten lassen!"

„Wird mich deine Mutter nicht schlecht aufnehmen?" stammelte Franzi, in diesem ernsten Augenblick ängstlich.

„Warum sollte sie uns schlecht aufnehmen?" fragte Agnes ruhig. „Ich habe mich zu ihr immer wie eine brave Tochter benommen, jede verdiente Krone, die mir übrig blieb, ihr überlassen und jetzt, wenn ich im Tagelohn arbeiten werde, will ich sie auch nicht im Stiche lassen und du wirst ihr auch in keiner Weise nahetreten, nicht wahr?"

„Gott behüte," versprach der Franzi und beiden schien es, als ob sie von diesem Augenblicke an miteinander vereint der Welt Trotz bieten könnten. Es bedrückte sie nur die einzige Sorge, von wo Franzi seinen Taufschein und die anderen nötigen Papiere herbeischaffen solle, aber es gelang ihm mit Hilfe der Agnes, auch diese Schwierigkeit zu überwinden.

*

Die weiten fürstlichen Felder ernährten die Eheleute Tobias samt der Mutter, solange diese am Leben war. Im Sommer suchten alle drei Schwämme und Waldbeeren, im Frühling kauften sie vom Heger trocken gewordene Bäume, fällten sie, und arbeiteten daran das ganze Jahr. Manchmal vor Morgendämmerung oder zur Mittagszeit, wenn sie fast sicher waren, keinem Heger zu begegnen, fällten sie auch leichten Gewissens einen im Dickicht verborgenen ganz gesunden Baum, in der Meinung, dem Fürsten dadurch nicht viel Unrecht zu tun. Das Holz führte Franzi immer auf einem Karren in eines der nächsten Städtchen, um es dort zu verkaufen. Außer der einen guten Melkziege hielt sich das Ehepaar Kaninchen, Hühner und Tauben „zu ihrem Vergnügen", wie Frau Tobias sagte, da ihr das Schicksal Kindersegen versagt hatte, denn etwas Lustiges müsse im Hause sein. Ueber ihren Franzi, mit dem sie die Leute manchmal in der ersten Zeit etwas neckten, weil er mit seinem bartlosen Kinne eher den Eindruck ihres Sohnes machte, hatte sich die Frau kaum zu beklagen. Sie erkannte wohl einige seiner Fehler, bemühte sich jedoch, diese möglichst zu verheimlichen. Tobias liebte es nämlich gar zu gern, sich im Walde wie ein Schulknabe unter einen Baum zu legen und hinaufblickend den Vöglein auf den Aesten nachzuahmen. Er verstand es auch trefflich, die Stimmen anderer Tiere wiederzugeben. Er miaute wie eine Katze, pfiff wie eine Maus, ahmte ein Froschkonzert nach und zwitscherte wie irgendein Vogel. Kaum er sich auf die Bank in der Stube setzte, ergriff er auch schon die Harmonika, welche ihm seine Frau bald nach der Hochzeit von ihren Ersparnissen gekauft hatte. Auch verschiedene Märchen und Anekdoten konnte Tobias zum Vergnügen seiner Zuhörer erzählen.

Auf diese Art mußte Frau Tobias fast die ganze Last der Arbeit auf ihre eigenen Schultern nehmen, sie stand jahraus jahrein vor Tagesanbruch auf, ihre Hände waren schwielig und rauh geworden durch das Holzhacken, denn ihr Mann liebte es nicht, die Axt in die Hand zu nehmen, höchstens daß er ein bißchen mit der Säge hantierte!

Die Agnes ermahnte ihn fast immer vergeblich, schroff konnte sie ihm wohl nie begegnen, wenn er seine blauen treuherzigen Augen auf sie richtete. Schließlich war auch Frau Tobias fest überzeugt, daß ihr Mann gegen die anderen bartstoppeligen und runzeligen Männer geradezu eine Schönheit sei, trotzdem es andere Menschen nicht anerkennen wollten. Er war ihr auch treu, kein Kartenspieler und Wirtshausgänger, im Traume wäre es ihm nicht eingefallen, sie zu schlagen, warum hätte sie ihn also nicht schätzen sollen? Und dann hatte Frau Tobias beim Altar schon als alternde Braut den ernsten heiligen Vorsatz gefaßt, alles Gute und auch alles Böse mit ihrem Manne geduldig zu tragen. Sie hätte es verstanden, gegen jedes andere unzufriedene Weib diesen Grundsatz zu verteidigen!

Wenn der Frau Tobias etwas Schönes träumte, war in diesem Traume stets ihr glattwangiger gelockter Mann und deshalb fing es an sie zu kränken, wenn er ihr manchmal mit glücklichem Gesichte erzählte, daß es ihm vom Ringelspiel und den Holzpferdchen geträumt hätte, denn sie fühlte in dieser seiner Erinnerung etwas Erniedrigendes im Vergleiche zu seinem jetzigen besseren Lose!

Trotz der Besserung in seinen Verhältnissen, die er dankbar anerkannte, war in Franzis Seele doch ein gutes Stück Liebe für seine frühere Tätigkeit hängen geblieben.

Die erste Arbeit, zu welcher ihn sein Onkel angehalten hatte, war das Antreiben des Ringelspieles, wenn man mit den Hellerpassagieren nach Paris reiten sollte. Sobald der Onkel in dem tonernen Topfe am Leierkasten mehr als zwanzig Heller eingesammelt hatte, spuckte er sich in die Hände, tätschelte dem nächsten Pferdchen auf den Hals, dann stieß es von rückwärts mit aller Kraft auf den Balken und lief eine Weile mit. Franzi machte es ihm tapfer nach und seine Brust erfüllte das Bewußtsein einer freudigen männlichen Tat. Die Pferde hatten nicht nur ihre eigenen Namen wie zum Beispiel: Hansi, Schimmel, Mohr, Lukas, sondern sie hatten auch nach Franzis Meinung Seelen. In manchen seiner Träume sprachen sie gleich Menschen und erzählten viele interessante, unvergeßliche Dinge.

Eines Morgens wußte Tobias seiner Frau zu erzählen, wie es ihm geträumt habe, daß sein Pferdchen „Ferda" ihm geholfen hätte, seine Holzbündel mit dem Karren in die Stadt zu ziehen. Auf dem Wege dahin hatten sie sich verschiedenes erzählt. „Es tat mir leid als ich aufwachte, daß es nur ein Traum war," endete Tobias mit einem Seufzer seine Erzählung.

„Aber geh, alter Träumer! Besser wär's freilich, wenn wir ein wirkliches Pferd hätten, um uns das Holz bis nach Prag zu ziehen, wo man mehr Geld dafür bekäme," meinte Frau Tobias, während sie den Frühstückskaffee in zwei Töpfchen goß. In einer solchen Morgenstunde, wo das duftende Frühstück auf dem Tische stand, fühlte Franzi am besten die wohltuende bürgerliche Ordnung, an welche ihn seine Frau so gern gewöhnt hatte. Die letzten Worte der Frau hatten ihn freudig überrascht, seine Wangen wurden flammig rot und er sprang schnell wie ein Hirsch von seinem Lager auf, ohne der gewohnten süßen Trägheit und ohne vorläufig den Kaffee zu kosten. Die freudige Erkenntnis, daß seine Frau etwas aussprach, was er längst ersehnt hatte, ohne seinen Wunsch in Worte kleiden zu können, erweckte in ihm ungewöhnliche Begeisterung.

„Ja, ja, ein Pferd haben, so einen lebendigen Ferda," rief er aus, „das wär ein anderes Leben! Dein Bürgermeister käme mir dann gleich!"

Durch seine große Freude riß er auch sein Weib mit. Sie begann nachzudenken, daß sie die fünfhundert Kronen, welche sie zur Mästung eines Schweines aufgespart hatte, zum Ankauf eines Pferdes verwenden könnte. Der Frühling stand vor der Tür, er wies dem Menschen den Weg zu kühnen Taten!

(Fortsetzung folgt.)

Das Franken-Problem.

Die erste Sitzung des Kabinetts Herriot war eine spiritistische. Man bemühte sich, für die Rettung des Franken den Geist des vor kurzem abgeschiedenen Coué zu zitieren.

Bismarck und die Republik.

Von Dr. Karl Walter.

Es entbehrt nicht eines gewissen Humors, wenn wir sehen, wie nicht nur der alte Fritz, sondern auch Bismarck von den monarchistischen Rechtsparteien zu Propagandazwecken auf den Schild gehoben wird. Am letzten Geburtstage des „Altreichskanzlers" zogen die vaterländischen Wehrverbände in Hamburg mit Fackeln zum Bismarckdenkmal auf die Elbhöhe, der „Stahlhelm", der „Wehrwolf", die „Oxympia", ferner der „Kyffhäuserbund", der „Deutsche Offizierbund", die Deutschvölkischen, die Deutschnationalen und auch die Deutsche Volkspartei.

Hat sich Friedrich II. als geborener König oft verächtlich gegen die Fürsten und sympathisch für die Republik ausgesprochen, so tat das auch Bismarck, jedoch als „Diener" vorsichtiger. Aber er war der glänzende „Opportunist", wie er oft genannt wurde, der rücksichtslose Realpolitiker, der es verstanden haben würde, sich auf die neue „Herrschaft" umzustellen. Sehen wir uns in diesem Sinne in seinen Schriften um!

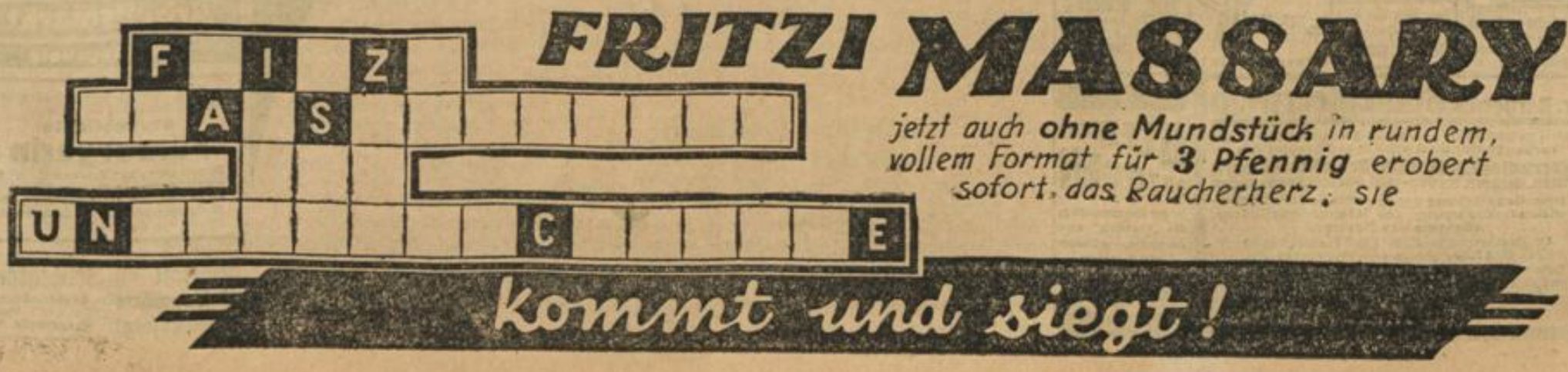
In den letzten Jahren seit der Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks „Erinnerungen" (1919) ist über seine im Grunde republikanische Gesinnung sehr viel durchgesickert. An der Spitze des ersten Bandes der „Erinnerungen" steht das Geständnis, daß er die Schule verließ, „wenn nicht als Republikaner, so doch mit der Ueberzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen dazu bestimmen könnten, Einem dauernd zu gehorchen, während ich von Erwachsenen manche bittere oder geringschätzige Kritik über die Herrscher hören konnte."

Dann machte Bismarck bei drei Kaisern, besonders bei dem letzten seine Erfahrungen, und er bereute fast, wie er im letzten Bande seiner „Erinnerungen" sagt, daß er die Monarchie (ob von Gottes Gnaden oder nicht) in den Sattel gesetzt habe. Schon den Kaisern Wilhelm I. und Friedrich III., deren Thron er gezimmert hatte, sagte er „gelegentliche Abweichungen von der landläufigen Einschätzung der praktischen Wirkung königlicher Geburt und Salbung" nach. Weiter heißt es: „Volksvertretungen habe ich seit vierzig Jahren viele kommen und gehen sehen und hielt sie für weniger schädlich für unsere Gesamtentwicklung, als monarchische Irrtümer es werden konnten". Auch sonst bringt der dritte Band noch viele vernichtende Anklagen gegen den Grundsatz der erblichen Monarchie.

Wie hoch Bismarck mit verächtlichem Achselzucken über der Monarchie stand, erfuhren wir ein Jahr nach der Herausgabe der „Erinnerungen" auch aus einem englischen Buch. Danach hat sich Bismarck am 17. Juni 1878, zwei Wochen nach Nobilings Attentat auf Wilhelm I., um dessentwillen er den Reichstag auflöste und das Sozialistengesetz durchdrückte, sehr abfällig über seinen geliebten Kaiser geäußert und zwar zu dem Ministerpräsidenten einer fremden Großmacht, zu Lord Beaconsfield (Disraeli) als Vertreter Englands auf dem Berliner Kongreß (1878). Wir lesen das in der Biographie des großen englischen Staatsmannes Disraeli von Monypenny und Buckle, deren letzter Band im Jahre 1920 erschienen ist. Beaconsfield, ein getaufter, als Staatsmann von Bismarck sehr bewunderter Jude, der zugleich als Romandichter glänzte, nahm an einem offiziellen Diner bei Bismarck teil und schrieb darüber seiner Königin: „Ich saß zur Rechten Bismarcks und konnte seinen Rabelais'schen Monologen lauschen. Endlose Enthüllungen über Dinge, die er nicht erwähnen sollte. Er warnte mich eindringlich, niemals Fürsten oder Höflingen zu trauen, seine Krankheit wäre nicht, wie das Volk glaubt, auf den französischen Krieg zurückzuführen, sondern auf das entsetzliche Betragen seines Souveräns usw. . . . In den Archiven seiner Familie lägen die Dokumente, die königlichen Briefe, die ihn nach all den Diensten die er geleistet, anklagten, ein Verräter zu sein . . ."

Wer diesen Angaben nicht traut, der höre, was der bekannte russische Staatsmann Schuwalow dem Erzherzog Albrecht, dem Sieger von Custozza, im Jahre 1873 im Gespräche mitgeteilt hat. Der Geheimbericht darüber an seinen Vetter, den letzten österreichischen Kaiser Franz Joseph schlummerte bisher im Archiv und wurde am 1. März 1925 von der „Voss. Ztg." veröffentlicht. Schuwalow war Bismarcks Tischgast gewesen. Da heißt es u. a.: „Bismarck schimpfte über den König, sagte, daß mit dem alten Preußen nichts anzufangen, daß er deshalb nicht habe bleiben wollen usw. Endlich tat er die Aeußerung: „J'ai conduit un bâtiment avec trop de voiles et trop peu de lest, il faut diminuer les voiles et augmenter le lest. Schuwalow bat um Aufklärung und erhielt sie: die voiles waren die Fürsten, le lest die liberalen Institutionen. Schuwalow glaubte, daß Bismarck am Größenwahnsinn laboriere und — geschmeichelt von radikalen Speichelleckern — bis zur Republik zu bringen wäre. Er machte ihm die Aeußerung: Dem Alten diene ich noch. Schuwalow glaubte, daß er den Nachfolger für ganz andere Zwecke — Erhebung der deutschen Nation und Zerstörung Preußens — ausnützen werde. Darüber seien alle Altpreußen, alle dortigen Konservativen einig. In Ems sprach die Umgebung Kaiser Wilhelms mit größter Besorgnis von dessen Tode und dem, was nachfolgen würde. Unter ihnen herrschte eine wahre Panik . . ."

Zu Alexander Meyer, dem fortschrittlichen Führer, äußerte sich Bismarck im Jahre 1889 in Kissingen sehr abfällig über den jungen Kaiser Wilhelm II. und fuhr dann fort, er habe den Freisinn wegen seiner republikanischen Tendenzen immer bekämpft, stehe aber jetzt zur Republik anders wie früher. „Ein deutscher Monarch, der auf



dem Wege sei, Deutschland zu ruinieren, stelle ein so großes Uebel dar, daß selbst alte Royalisten die Berechtigung der Republik nicht ferner in Zweifel ziehen könnten."

Den Republikaner Karl Schurz, der sich an der Revolution 1848 beteiligt hat, der dann 1852 nach Amerika geflohen war, wo er zu hohen Ehren kam, General und Minister wurde, hat Bismarck, wie man schon oft las, sehr geschätzt. Bismarck bedauerte immer, daß solche Talente Deutschland verloren gingen. Zu diesem Karl Schurz, der, als er nicht mehr geächtet war, sein Heimatland noch einmal besuchen durfte, soll sich Bismarck um dieselbe Zeit (1889) in Berlin über die Stellung des Präsidenten in Amerika geäußert haben, wie wir den Mitteilungen Paul Nathans, des früheren Mitherausgebers der „Nation", im „Vorwärts" (8. Januar 1922) entnehmen: „Das ist eine Monarchie auf Zeit, oder beinahe eine moderne Monarchie auf Zeit, und die hat ganz außerordentlich viel für sich. Dann kann man doch einen solchen Monarchen wieder loswerden, bevor er den Staatsgaul zum Niederbrechen gebracht hat ... Mit meiner Vergangenheit und meinem Alter kann ich die Axt nicht nochmals in die Hand nehmen, um statt eines Kaiserstuhls einen solchen Präsidentensitz zu zimmern."

Sehen wir uns einmal die „Lebenserinnerungen" von Karl Schurz selbst an. Man kann verstehen, daß damals 1867 bei einem früheren Besuche von Karl Schurz bei Bismarck, dieser in Berlin sagte: „Ich bin kein Demokrat und kann es nicht sein. Ich bin als Aristokrat geboren und erzogen". Dann berichtet aber Schurz: „In unserem Gespräch nannte Bismarck den König fortwährend „den alten Herrn". Einen Augenblick sprach er vom alten Herrn mit fast zärtlicher Liebe und dann wieder im vertraulichen, ja ungenierten Ton, der wenig Achtung und Ehrfurcht verriet. Er erzählte mir Anekdoten vom König, die mich in höchstes Erstaunen versetzten, besonders bei dem Gedanken, daß ich den Premierminister des Königs vor mir hatte, dem ich ein vollkommen Fremder war, und der nichts von meiner Diskretion und meinem Gefühl von Verantwortlichkeit wußte." Aehnlich spricht Schurz von einem Briefe am 3. Februar 1868 aus Wiesbaden an Heinrich Meyer in Rückerinnerung an seinen Aufenthalt bei Bismarck in Berlin.

Eine in diesem Zusammenhange wohl kaum noch beachtete Bemerkung (am 28. September 1870) zu Moritz Busch, dem sächsischen Publizisten, der, in das Pressebureau des Auswärtigen Amtes berufen, Bismarck in den Krieg begleitete, verdient besondere Erwähnung. Es heißt da in den „Tagebuchblättern" 1899 so seltsam, wie der ehrliche Freigeist Friedrich, der die Unsterblichkeit der Seele leugnete, niemals sich geäußert hätte: „Wenn ich nicht an eine göttliche Ordnung glaubte, die diese deutsche Nation zu etwas Gutem und Großem bestimmt hätte, so würde ich das Diplomatengewerbe gleich aufgeben oder das Geschäft gar nicht erst übernommen haben. Orden und Titel reizen mich nicht ... Der entschlossene Glaube an ein Leben nach dem Tode — deshalb bin ich Royalist, sonst wäre ich von Natur Republikaner — ... Ja, ich bin Republikaner — im höchsten Grade, und ich habe die Standhaftigkeit, die ich zehn Jahre lang an den Tag gelegt habe gegen alle möglichen Absurditäten, nur aus meinem entschlossenen Glauben."

Wenn heute die Stimme Bismarcks aus dem Grabe ertönen könnte, wie sie prophetisch mit zitternder Angst für Deutschlands Bestand aus dem dritten Bande der „Erinnerungen" über Wilhelm II. ertönte — kann man daran zweifeln, daß sich Bismarck heute nur für die Republik einsetzen, mindestens sie nicht bekämpfen würde?

Man lernt nie aus.

Die dickste Haut irgendeines Geschöpfes besitzt das ostindische Rhinozeros.

•

Gegen 190 Pflanzenarten und Bäume usw. enthalten in ihrem Safte auch größere Mengen von Zucker.

•

Bei den japanischen Hochzeitsfesten werden die Puppen, mit denen die Braut gespielt hat, in feierlicher Zeremonie verbrannt.

•

Die albanische Sprache gehört zu den ältesten, also den Ursprachen der Menschheit.

•

Die Herstellung des Lumpenpapiers ist eine chinesische Erfindung; sie stammt aus dem Jahre 100 nach Christi.

•

In England braucht man, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, fast siebenmal mehr Gas als in Deutschland.

•

Die größte Kaffeeplantage der Welt befindet sich im Staate Sao Paulo in Brasilien. Sie ist 135 000 Hektar groß und mit über 8 Millionen Kaffeebäumen bepflanzt.

•

Wenig bekannt ist die Eigenschaft jedes Explosionsmotors, daß er mit der Erhöhung über dem Erdboden entsprechend an Leistungsfähigkeit verliert, weil der Luftdruck dann ein anderer wird. Ein Motor, der auf der Erde 35 Pferdekräfte leistet, leistet in 1000 Meter Höhe nur 28, in 2000 Meter Höhe 24, in 3000 Meter Höhe 20, in 4000 Meter Höhe nur noch 16,5 Pferdestärken, also weniger als die Hälfte.

Neue Forschungen über den Ameisenstaat. Ein südafrikanischer Gelehrter, Direktor Fitzsimons, vom naturwissenschaftlichen Museum in Port Elizabeth, hat in einem in Johannesburg gehaltenen Vortrag die Ergebnisse seiner langjährigen Forschungen über das Leben der Ameisen dargelegt. Besonders bemerkenswert sind Beobachtungen über die technischen Fähigkeiten der Ameisen, die zum Beispiel den Ausbau eines Nachrichtendienstes ermöglicht haben, der die Annäherung eines Feindes im gleichen Augenblick über eine Entfernung von 20 Meilen signalisiert. Ferner hat er beobachtet, daß es besondere Pflegerinnen gibt, die die Aufgabe haben, eine von ihrer Tätigkeit erschöpfte Arbeiterin durch Massage wieder arbeitsfähig zu machen. Auch fand er im Ameisenbau besonders gewärmte Zellen, in denen die von der Königin gelegten Eier von Wärterinnen gehütet wurden.

Mescal, ein Rauschgift der Yaqui-Indianer. Mescal ist das eigentümlich wirkende Gift verschiedener mexikanischer Pflanzenarten (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Agavenschnaps). Der Genießende verfällt nach kurzer Uebelkeit in einen dem hypnotischen ähnlichen Halbschlaf, in dem er eine außerordentliche Merkfähigkeit besitzt, sehr leicht suggestibel ist und infolgedessen zu staunenswerten Leistungen befähigt erscheint. Die Kundigen wissen einen Trank zu brauen, bei dem der unangenehme Kater zu Anfang fortfällt, so daß einer weiten Verbreitung dieses angenehmen Rauschgiftes nichts im Wege gestanden hätte, wenn nicht schon seit Jahrhunderten drakonische Gesetze dem entgegengetreten wären. Noch heute suchen Kinder Berauschte zu steinigen, wenn sie sich sehen lassen, und Erwachsene schießen auf sie. Die Folge davon ist, daß die Mescalsäufer ihren Rausch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abmachen, während der Schnapssäufer ungeniert auf der Straße herumtaumelt. Die Beliebtheit des Mescals zeigt sich darin, daß das Verbot in gewissen Fällen aufgehoben wurde. Der Heide durfte sich vor der Taufe zur Belohnung berauschen, der Gefangene als Henkersmahlzeit vor der Hinrichtung, und das ungerecht verprügelte Mädchen als Trost eine hinreichende Menge Mescal zu sich nehmen. Beobachtungen über das Gift liegen aus neuerer Zeit nur sehr wenige vor, so von dem Mexikoreisenden Lumbholz und dem Professor Reko in Mexiko.

Die **Riesen-Bluterdbeere „Hansa"** hat durch ihre ungeheure Tragbarkeit alle Welt verblüfft. Man zählt an einem Pflanzstock 25 bis 30 mit Riesenfrüchten beladene Fruchtstengel. Einen Fruchtansatz von 300 bis 500 Stück an einem Stock kann man oft zählen. Um gepflegte Pflanzen liegen die Früchte dermaßen dicht, daß sie sich haufenweise übereinanderdrängen müssen, um überhaupt Platz zu finden. Man hat den Eindruck des Außergewöhnlichen, Unerwarteten, noch Niedagewesenen. Die riesige Größe der zuckersüßen, aromatischen, ananasartigen gewürzten Früchte, die in Erstaunen setzen, das trotz großer Saftfülle feste Fleisch der dunkelblutroten, dabei prachtvoll glänzenden Beere, die ungeheure Fruchtbarkeit wird der Bluterdbeere die Zukunft als Tafel- und Schaufrucht 1. Ranges sichern. Dieses Kleinod gebe ich zu nachstehenden Preisen ab: 25 kräftige Pflanzen 2.— Mk., 50 Stück 3,50 Mk., 100 Stück 6,50 Mk., 250 Stück 15.— Mk., 500 Stück 25.— Mk., 1000 Stück 40.— Mk. Die Pflanzen kommen schnellstens in guter Moospackung, die eine gute Ankunft gewährleistet, zum Versand. Nur meinen Sendungen liegt meine Kulturanweisung bei, deren Befolgung sichere Ernteerträge ergibt. **Versandgärtnerei Höllige** (weltbek. Firma) **Ratzeburg 184.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!

Freitag, den 23. Juli, abds. 6½ Uhr, im großen Saale des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:

Allgemeine

Branchenversammlung

der Draht-, Blech- und Bandwalzer, Drahtzieher, Emaillier-Drahtarbeiter, Stangen-, Rohr- und Profilzieher in Eisen und Metall; ferner Metallstangenpresser, Blei- und Drahtkabelarbeiter, Spulerinnen und Spinnerinnen, sowie Papierrohrarbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: Stellungnahme der Branche zu den Abzügen in den Betrieben.

Zutritt haben alle in der Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Komische Oper

8¼ Dir. James Klein 8¼

Die große Revue

Berlin ohne Hemd!

Allabendlich 9.30 Uhr

Die sensationelle Einlage:

Satans Brautnacht!

Ueber 200 Mitwirkende!

Th. am Kurfürstendamm

8¼ U.: **Kavalier Jack**

Operette v. Carita v. Horst

Reichshallen-Theater

Gastspiel der berühmten

Dresdner Viktoria-Sänger

Anfang 8 Uhr

1. 8.: Wiederauftreten der

Stettiner Sänger

Dönhoff-Brettl (Saal und Garten):

Gr. Variete — Konzert — Tanz

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne

Theater am Bülowplatz

8 Uhr:

Darüber läßt sich reden

Berliner Bilderbogen in 3 Akten

Morgen 8 Uhr:

Darüber läßt sich reden

Deutsches Theater

Norden 10334—38

Gastspieldirektion Rahnert

8¼ Uhr

Max Adalbert

in

Das Ekel

Die Komödie

Bismarck 2414, 7316

8¼ Uhr:

Dyckerpotts Erben

Regie: John Gottowt

Deutsches Künstl.-Theater

Tägl. 8¼ Uhr

Der fröhliche Weinberg

Residenz-Theat.

8¼ Uhr:

Der Mustergatte

M. Kostirkan, O. Schüller

8¼ **Lessing-Th.**

Paul Henckels

zum 534. Male:

Schneider Wibbel

Sommerpr. 1-8 M.

8¼ **Kleines Th.**

Leckerbissen

Vorz. dieses zahlt 50% d. Kassenpr.

Berliner Theater

8¼ Uhr: Donnerwetter, ganz famos

Barnowsky-Bühnen

Sommerpreise

Theater Königgrätzer Str.

8 Uhr:

Der Garten Eden

Komödienhaus

Tel.: Norden 6304

8 Uhr:

Drei Mädel von heute

Rose-Theater

8¼ Uhr:

Olaf, Tragödie eines Sportlers

Gartenbühne:

5½ Uhr: Konzert und Bunter Teil

8 U.: Försterchristl

Schiller-Th.

Operettenspielzeit.

8 Uhr:

Die leichte Isabell

Elite-Sänger

Tägl. 8 Uhr:

Gastspiel der Original Magdeburger Elite-Sänger.

Riesen-Programm!

Alexanderplatz

Zoolog. Garten

Täglich ab 4 Uhr

Konzert

Aquarium

geöffnet v. 9—7 U.

Tierkunst-Ausstellung

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken

gegen Nachahmung gesetzl. gesch.

fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität

Conrad Müller

Schkeuditz-Leipzig

Pumpen aller Art

Roblank

Pumpenfabrik, Berlin N 65, Reinickendorfer Straße 93.

Dr. Bernard's Buchenteerwein

gesetzlich geschützt. — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:

Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Magen- und Darmerkrankungen

Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinbefindens. Abnahme des Hustens.

Originalflasche M. 2.50. Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.

Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegründet 1688.

Bestandteile: Destillat des Buchenteers 1,6, Alkohol 22,0, Enzian 4,0, Pomeranzenschale 4,0, Weißw. 1,50, Sirup 45,0 p.

Kleine Anzeigen

in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem

sehr billig!

Abgehetzt u. abgespannt?

Wer von uns Großstadtmenschen ist es nicht? — Wir, die wir täglich im Strudel des Verkehrs hin- u. hergeworfen werden, die wir das Hasten u. Jagen im Geschäftsleben mitzumachen gezwungen sind, wir alle haben leider erfahren müssen, was Nerven sind. Abgehetzt u. abgespannt legen wir uns des Abends zur Ruhe, um am nächsten Morgen wieder in das ewige Einerlei einzugreifen. Das muß zur Erschlaffung führen, körperlich u. seelisch. Und gibt es kein Rettungsmittel? — Doch! — Machen Sie eine vierwöchige Kur mit Bolle-Yoghurt, über dessen wundervolle Wirkung Sie erstaunt sein werden! Werden Sie gesund u. verdienen Sie M 500 durch Bolle-Yoghurt! Das Nähere darüber erfahren Sie aus den Bedingungen, die Sie an jedem Bollewagen und in jeder Bolle-Filiale erhalten können. Das eine jedenfalls vergessen Sie nicht: Abgehetzte und Abgespannte heilt:

Bolle-Yoghurt!

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Bettenverkauf! Neue 13.—! 19.50! Prachtvolle 25.—! 30.—! Bettbezüge 39.50! Kinderbetten 8.75! Steppdecken! Tüllbecken! Stores! Gardinen! Bettwäsche! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Nur Leihhaus Brunnenstraße 47.

Möbel

Herrenzimmer 290.—. Klubledersessel 85.—. Zahlungserleichterung. Komerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Auffallend billig! Neue fourniere Ankleideschränke, 130 breit, mit Spiegel, Wäscheabteilung, 166.—. Neue englische Bettstellen mit dreiteiliger Auflage 36.—. Nachttische mit Marmorplatte 15.—. Apotheken 12.—. Plüschsofa 45.—. Gobelin-Klubsofa 50.—. Diplomaten 35.—. Säulenbüfett 75.—. Bierapptisch 64.—. Neue Küchen, lackiert, mit Verglasung, 65.—. Skaimmer, Schlafzimmer, echten Marmor, Drellmatratzen 285.—. Riesenauswahl in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Müllerstraße dreizehn. Bahnhof Gesundbrunnen, Kraftlieferung.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18.—. Bettstelle 15.—. Waschtoilette 11.—. Nußbaum-Schreibtisch 25.—. Küchen 34.—. Plüschsofa 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Müllerstraße dreizehn.

Makrtelsofa, neu, 70.—. Chaiselongue, neu, 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Müllerstraße dreizehn.

Möbel gegen bar und Kredit spottbillig. Stein, Oranienstraße 1.

Musikinstrumente

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung, Teilzahlung. Bahrt, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 33.

Qualitätspianos mit langjährigem Garantieschein verkauft gegen 50.— monatlich ohne Anzahlung. Pianohaus, Königgrätzerstraße 61.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Verschiedenes

Güstebiese a. d. Oder. Angenehmer Sommeraufenthalt, herrlich am Wald und Wasser gelegen, schöner Badestrand, Ruder- und Angelsport. Zimmer mit und ohne Verpflegung zu mäßigen Preisen. Fahrverbindung täglich zwischen Güstebiese und Bahnstation Zaeckerick-Alt-Rüdnitz. Auskunft erteilt gegen Rückporto der Verkehrsverein.

Vermietungen

Zimmer

Leerzimmer dringend gesucht. Merker, Neukölln, Hohenzollernplatz 17.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Zum baldigen Antritt suchen wir eine tüchtige, nicht all zu junge

ausgebildete

Fürsorgerin

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an den Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Dortmund, Kielstraße 5.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Spritzerinnen u. Seidennäherin, geübt, sucht Pelz, Rungestraße 19.